



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

HIV/AIDS IN RUSSLAND

■ VON DER REDAKTION На дачу – in die Sommerpause	2	■ STATISTIK HIV/Aids in Zahlen	13
■ REPLIK »Politikberatung und Osteuropaforschung« – eine Replik	2	■ UMFRAGE HIV/Aids: Wahrnehmungen und Vorurteile	15
■ ANALYSE Russlands vermeidbare HIV/Aids-Epidemie Judyth Twigg (Virginia Commonwealth University, Richmond)	3	■ NOTIZEN AUS MOSKAU Der »Fall Golunow« Jens Siegert (Moskau)	20
■ GRAFIK ZUM TEXT Jährliche HIV-Neuinfektionen und Anzahl der Todesfälle aufgrund von Aids (1994–2017)	8	■ DEKODER Auf Wiedersehen, Tbilissi? Wjatscheslaw Polowinko und Arnold Chatschaturow (Novaya Gazeta)	23
■ ANALYSE Die Bewegung der Aids-Leugner in Russland Ulla Pape (Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin)	9	■ CHRONIK 3. – 29. Juni 2019	26

VON DER REDAKTION

На дачу – in die Sommerpause

Die Russland-Analysen machen wie üblich im Juli und im August Sommerpause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analysen 374 – erscheint voraussichtlich am 20. September 2019 und wird dem Thema der russisch-chinesischen Beziehungen im Kontext der neuen »Seidenstraße« gewidmet. Ferner sind Hefte zu den Entwicklungen in der Gesundheits-, Umwelt- sowie Agrarpolitik geplant.

Vorerst wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern einen erholsamen Sommer.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Evgeniya Bakalova, Katharina Hinz, Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hartmut Schröder, Alena Schwarz und Anastasia Stoll

REPLIK

»Politikberatung und Osteuropaforschung« – eine Replik

In der letzten Ausgabe der Russland-Analysen (Nr. 372 vom 14.6.2019) erschien ein Beitrag von Hans-Henning Schröder zum Thema »Politikberatung und Osteuropaforschung«. Er schrieb darin u. a. Folgendes: »Allerdings ist der Ansatz zum Aufbau eines neuen bundesgeförderten Osteuropa-Instituts in Berlin vorläufig gescheitert. Zwar hat das Auswärtige Amt eine Finanzierung bereitgestellt, doch ist es nicht gelungen, eine Forschungseinrichtung zu schaffen, die politikrelevante Themen wissenschaftlich bearbeitet und sich in ihrer Arbeit Politik und Gesellschaft verpflichtet fühlt.«

Auch wenn das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) nicht namentlich erwähnt wird, dürfte allen Leser*innen klar sein, dass hier vom ZOiS die Rede ist. Die Motivation und Grundlage des Autors für das weitreichende Urteil über die Arbeit des ZOiS erschließen sich vermutlich kaum für die Leser*innen der Russland-Analysen, ganz sicher aber nicht für uns. Wir sind offen für fundierte und konstruktive Kritik, aber eine derartige Abwertung der gesamten Arbeit des ZOiS und seiner Wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen in seinen ersten drei Jahren lässt sich bei einem Blick auf unsere Homepage, bei der Lektüre unserer Veröffentlichungen und Jahresberichte sowie nach einem Besuch einer unserer wissenschaftlichen, politikorientierten oder an die breitere Öffentlichkeit gerichteten Veranstaltungen kaum aufrechterhalten.

Wir hoffen, Herrn Schröder irgendwann persönlich am ZOiS begrüßen zu dürfen, damit er sich vor Ort und im direkten Austausch mit uns ein Bild von der Bandbreite unserer Themen und dem Anspruch unserer Wissenschaftskommunikation machen kann.

Prof. Dr. Gwendolyn Sasse, Wissenschaftliche Direktorin, und Dr. Christian Schaich, Administrativer Geschäftsführer, ZOiS

Russlands vermeidbare HIV/Aids-Epidemie

Judyth Twigg (Virginia Commonwealth University, Richmond)

Zusammenfassung

Nachdem sich HIV/Aids in Russland Ende der 1990er Jahre unter Personen, die intravenös Drogen konsumieren, explosionsartig ausgebreitet hatte, stellt die Krankheit nun ein ernstes Problem für Gesellschaft und öffentliche Gesundheit dar. Die Gefahr wurde anfangs durch ein energisches Eingreifen der Zivilgesellschaft gemildert, das zu großen Teilen von der Weltgemeinschaft im Gesundheitswesen finanziert wurde. Dadurch sollten die bewährtesten Präventions- und Behandlungsstrategien eingeführt werden. Die dritte Amtszeit von Präsident Putin mit der konsequenten Demontage der meisten internationalen Partnerschaften fiel mit einer erneuten Beschleunigung der Epidemie zusammen. Aggressive Botschaften, die Drogenkonsum sowie sexuelle Handlungen/Identitäten, die jenseits tradierter Normen liegen, als unmoralisch darstellen, erwiesen sich als machtvoll Instrument für die Kampagne des Kreml, mit der Verachtung für und Angst vor westlichen Ideen und Verhaltensmustern geschürt werden. Diese Strategie manifestiert sich unter anderem in der deutlichen Weigerung, Programme zum Spritzentausch, Opioid-Agonisten-Therapie (etwa mit Methadon) oder selbst den Gebrauch von Kondomen zu fördern. Diese stellen allesamt zentrale Elemente des *Harm Reduction*-Ansatzes dar, der allgemein als grundlegendes Instrument zur Verhinderung von Neuinfizierungen mit HIV anerkannt wird. Ohne einen umfassenden Wandel in ihrer Haltung und Taktik wird sich die russische Regierung weiterhin einer kostspieligen und wachsenden Belastung durch HIV/Aids gegenübersehen, die ihrem Anspruch auf einen Weltmachtstatus Hohn spricht.

Die Epidemie

Die offizielle Zahl der HIV-Infizierten in Russland hat 2015 die Millionenmarke überschritten. Bis Juni 2018 hatten sich fast 1,3 Millionen Menschen infiziert, von denen 294.000 starben (http://aids-centr.perm.ru/images/4/hiv_in_russia/hiv_in_rf_30.06.2018.pdf). Über ein Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung ist HIV-positiv, unter anderem 3,3 Prozent der Männer in der Altersgruppe der 35- bis 39-Jährigen. Die wichtigsten Risikogruppen (Personen, die intravenös Drogen konsumieren, homosexuelle Männer sowie Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen) haben eine beträchtlich höhere Prävalenzrate. Schätzungen für die anderthalb bis zwei Millionen Russen, die Drogen injizieren, reichen von 18 bis 43 Prozent. HIV/Aids gehört nun zu den häufigsten Gründen für vorzeitige Todesfälle: Fast 16.000 Bürger Russlands sind in der ersten Jahreshälfte 2018 an HIV/Aids gestorben. Der Virus ist bei den Ursachen für verlorene Lebensjahre vom 46. Platz 1990 auf den 10. Platz 2016 hochgeschwungen und hat hier alle Krebsarten (außer Lungenkrebs) und sämtliche anderen Infektionskrankheiten überholt.

Das Uralgebiet und Sibirien sind überdurchschnittlich stark betroffen. In den Gebieten Kemerowo, Irkutsk, Nowosibirsk, Tscheljabinsk, im Swerdlowsker Gebiet und in den Regionen Perm und Krasnojarsk werden derzeit die höchsten Infektionsraten verzeichnet, während die meisten Regionen des Nordkavkasus die niedrigsten Raten aufweisen. Die Zahl der Regionen mit einem Anteil von über 0,5 Prozent ist von 22 im Jahr 2014 auf 34 im Jahr 2018 angestiegen, wobei in diesen 34 Regio-

nen zusammengenommen über die Hälfte der Gesamtbevölkerung Russlands lebt.

HIV/Aids gelangte erstmals Ende der 1980er Jahre nach Russland. Die Infektionszahlen waren relativ gering, bevor der Konsum injizierter Drogen im Laufe des folgenden Jahrzehnts in die Höhe schnellte, vor allem aufgrund des aufkommenden Drogenschmuggels von Afghanistan und Zentralasien nach Europa. Grafik 1 auf S. x illustriert den rapiden Anstieg von Neuinfizierungen von 1999 bis 2001, die nahezu sämtlich über das Teilen von Drogen oder Injektionsbesteck erfolgten. Die starke Verknüpfung von Drogenabhängigkeit, HIV, Tuberkulose und Hepatitis C, die sich früh entwickelte, führte dazu, dass die Situation als syndemisch zu bezeichnen war.

2008 stieg die Rate der Neuinfektionen erneut an, wohl aufgrund alternativer Drogen, die als Ersatz für Heroin auf den russischen Markt gelangten – der synthetischen Drogen oder »salts« (dt.: »Badesalz«-Drogen), die wesentlich billiger und verbreitet über das Internet erhältlich sind. Diese Drogen waren – zumindest anfangs – weniger toxisch, was die Angst vor einer Überdosis verringerte und die Häufigkeit der Injektionen erhöhte. Und in den vergangenen sechs Jahren ist die Infektionsrate in Osteuropa gestiegen – anders, als in praktisch allen anderen Regionen der Welt, wo die Epidemie zurückgegangen ist –, was nahezu vollständig auf die Entwicklung in Russland zurückzuführen ist.

Der Übertragungsvektor der registrierten Fälle in Russland hat sich dramatisch gewandelt. Bei der Epidemie spielt nun zunehmend die Übertragung durch

heterosexuelle Kontakte eine Rolle, wodurch sich immer mehr Frauen infizieren. In der Gruppe der unter 30-Jährigen ist die Rate der Neuinfizierungen bei Frauen jetzt höher als bei Männern. Wahrscheinlich waren die meisten dieser Frauen Sexualpartner von infizierten Drogenkonsumenten. Wenn nicht wirksame Maßnahmen getroffen werden, könnte diese Entwicklung dazu führen, dass sich die Epidemie von den Risikogruppen auf die Gesamtbevölkerung ausbreitet und die Wahrscheinlichkeit einer beschleunigten Ausbreitung steigt (<https://www.avert.org/professionals/hiv-around-world/eastern-europe-central-asia/russia>).

All diese Daten spiegeln die offiziellen Zahlen wider, erfassen also nur Personen, die sich wegen eines Tests oder einer Behandlung gemeldet haben. Das tatsächliche Bild ist schwieriger auszumachen. 2013 schätzte das Föderale Aids-Zentrum, dass nur rund die Hälfte aller Menschen, die mit dem Virus leben, als solche diagnostiziert wurde. Stigmatisierung, Diskriminierung und die Kriminalisierung von Drogenkonsum, Sexarbeit und der Zugehörigkeit zu einer sexuellen Minderheit bilden starke Anreize, sich von staatlichen Testzentren und Verzeichnissen fernzuhalten.

Reaktion der Regierung

Die nationale russische Strategie gegen HIV/Aids für die Jahre 2017–2020 fordert explizit ein Präventionsprogramm, um die Ausbreitung der Infektion einzudämmen, sowie Behandlungsmaßnahmen, um die Sterberate zu reduzieren. Das klingt zwar im Prinzip vernünftig, doch kommt es auf die Details an. Die »Rehabilitierung, soziale Eingliederung und soziale Sicherung« der betroffenen Bevölkerungsgruppen wird zwar beiläufig erwähnt, doch legt das Dokument weder Angaben zu Ressourcen vor, noch einen Fahrplan, wie diejenigen, die am stärksten Hilfe benötigen, erreicht werden können. Stattdessen wird eine »Wiederbelebung der moralischen Werte der Nation« in den Mittelpunkt gerückt, mit der die Epidemie bekämpft werden soll. Und im Unterschied zu den 90-90-90-Zielen bis 2020, die die Vereinten Nationen formuliert haben (Diagnostizierung von 90 % der HIV-positiven Personen, von denen 90 % eine antiretrovirale Therapie (ART) erhalten sollen, von denen wiederum 90 % eine Belastung unterhalb der Nachweisgrenze erreichen sollen), zielt die russische Strategie nur auf 60-60-60 ab. Im Großen und Ganzen fließt der Löwenanteil der Gelder in die Prävention von Übertragungen von der Mutter auf ihr ungeborenes Kind (wo die Erfolgsquoten hoch sind, nämlich rund 98 %) sowie jede Menge HIV-Massentests. Gleichzeitig sind nur wenig Mittel für bestimmte, besonders verwundbare Gruppen vorgesehen, wenn man einmal von Ermahnungen absieht, schlechte Angewohnheiten und unmoralisches Verhalten zu vermeiden.

Fehlende Effizienz der Institutionen und interne Kämpfe tun das Übrige, um das Regierungshandeln zu hemmen. Isoliert agierende Behörden, ein Erbe der Sowjetzeit, verhindern eine integrierte Hilfe für Personen mit intravenösem Drogenkonsum, Personen mit HIV und anderen häufig damit zusammenhängenden ansteckenden Krankheiten (Tuberkulose, Hepatitis C). Anhaltende Revierkämpfe zwischen dem Gesundheitsministerium (das für die Behandlung zuständig ist) und dem Föderalen Aids-Zentrum (das zum System der Verbraucher- und Gesundheitsschutzbehörde »Rospotrebnadzor« gehört und für Aufsicht und Prävention zuständig ist) machen die ohnehin mageren Haushaltsmittel für Präventionen anfällig für Kürzungen. Die Bedürfnisse der Patienten bleiben oft gleichsam in der Luft hängen, jenseits der unmittelbaren Zuständigkeiten und der Aufmerksamkeit staatlicher Behörden. Gleichzeitig fehlen der Zivilgesellschaft die Ressourcen und die Autorität, diese Lücke zu füllen.

Staatliche Stellen bieten HIV-Tests und antiretrovirale Therapie (ART) an, die bei regionalen Aids-Zentren – im Prinzip, theoretisch – kostenlos erhältlich sind. Das Gesundheitsministerium hat 2017 ein föderales Register eingeführt, um sicherzustellen, dass HIV- und Tuberkulosepatienten diese Behandlung auch abseits von ihrem offiziellen Wohnsitz erhalten können. Allerdings gab das Gesundheitsministerium 2017 umgerechnet 296 Millionen US-Dollar für die Behandlung von 235.000 Personen aus, was nur einem Bruchteil jener Menschen entspricht, die mit dem Virus leben. Das Finanzministerium sperrte sich gegen eine geplante Bereitstellung von umgerechnet 1,2 Milliarden US-Dollar an Haushaltsmitteln für die Jahre 2018–2021 zur Bekämpfung der Epidemie (<https://www.themoscowtimes.com/2017/01/25/russian-health-ministry-abandons-plans-to-spend-additional-70-billion-rubles-on-fighting-hiv-epidemic-a56929>). Die Aids-Zentren haben oft mit Ressourcenengpässen zu kämpfen, was Patienten dazu zwingt, sich (oft über Chatrooms im Internet) zusammenzutun und Netzwerke für den Nachschub und die Verteilung wie im »Dallas Buyers Club« selbst zu organisieren. Zudem ist die angebotene Behandlung nicht die beste, die zur Verfügung steht. Nur 1,4 Prozent der russischen ART-Patienten erhielten die Therapie im derzeit fortschrittlichsten Regime »Eine-Tablette-pro-Tag«, was die Therapietreue, wenn man alle Patienten betrachtet, komplizierter macht. Auch wenn das Gesundheitsministerium in den vergangenen Jahren seine Einkäufe zugunsten von Präparaten mit geringeren Nebenwirkungen und größerer Wirksamkeit angepasst hat (<https://itpcru.org/2018/07/19/analiz-zakupok-arv-preparatov-dlya-lecheniya-vich-minzdravom-rf-v-2018-godu/>). HIV-Präexpositionsprophylaxe (*PrEP*), also der

Einsatz von ART bei Risikopersonen vor einer möglichen Infizierung, hat in anderen Situationen die Übertragung von HIV verhindert, nämlich bei serodiskordanten heterosexuellen Paaren (wenn also nur einer der Partner mit HIV lebt), wie auch die Ansteckung mit HIV bei Personen, die sich Drogen injizieren (PWID) und bei Männern, die Sex mit Männern haben (MSM). PrEP ist allerdings derzeit in Russland nicht verfügbar.

Die Bedeutung einer Primärprävention von HIV-Infektionen bevor diese stattfinden, also durch Aufklärung, Verhaltensänderung und *Harm Reduction*, liegt auf der Hand. Während offiziell genehmigte Präventionsbemühungen in Russland praktisch nicht existent sind, gibt es einige bemerkenswerte Ausnahmen. Alljährlich findet eine russische #STOPHIVAIDS-Woche statt, an der sich Prominente, Stars, Sportler und führende Vertreter von Religionsgemeinschaften beteiligen und an deren Spitze Swetlana Medwedewa steht, die Gattin des Ministerpräsidenten. In Kasan hatten intensive Programme zum Nadel- und Spritzentausch die Rate der Neuinfizierungen von 2001 bis 2008 um 85 Prozent zurückgehen lassen. Später hingegen hat ein Wandel in der russischen Politik zur Schließung von sieben der acht Zentren in der Stadt geführt. Mit 62 Prozent hat Tatarstan dennoch mehr Menschen eine Behandlung ermöglicht als jede andere Region. In der Republik werden weiterhin markante Veranstaltungen zur Sensibilisierung abgehalten; unter anderem fand 2016 ein Marathon statt, bei dem sich der Präsident der Republik, Rustam Minnichanow, öffentlich testen ließ. In St. Petersburg sind die Infizierungsraten jüngst zurückgegangen, weil die Stadtregierung der Politik der Zentralregierung durch fortgesetzte internationale Partnerprogramme und wirkungsvolle Outreach-Arbeit in Bezug auf Sexarbeiter*innen und PWID entgegenwirkte.

Insgesamt jedoch scheuen Angehörige von Risikogruppen den Kontakt mit Behörden, weil sie Missbrauch oder Verhaftung fürchten. Aus einer Studie von 2016 zu HIV-positiven Frauen in Russland, die intravenös Drogen konsumieren, geht hervor, dass fast ein Viertel von ihnen schon einmal zu Sex mit einem Polizeibeamten gezwungen wurde. Ein solches Misstrauen gegenüber den Behörden besteht nicht allein in Russland. Das hat überall in der Welt nichtstaatliche Akteure – *Peer-Gruppen* aus dem Umfeld der Risikogruppen, die letztere am leichtesten erreichen können – zu einem Eckpfeiler der HIV-Prävention gemacht.

Nichtregierungsorganisationen

Der Staat lässt die NGOs, die zu HIV/Aids arbeiten, nicht gänzlich außen vor. Die Russische Orthodoxe Kirche hat großzügig Palliativpflege für jene bereitgestellt, die an Aids sterben, und eine ganze Reihe zivilgesell-

schaftlicher Organisationen haben Präsidenten-Grants erhalten, mit denen medizinische, psychologische, soziale und rechtliche Hilfe für Schwerkranke finanziert wird. Allerdings hat die auf offizieller Ebene signalisierte Feindseligkeit gegenüber westlichen Ideen und Verbindungen zum Westen, gegenüber Drogenkonsumenten, der LGBTQ-Gemeinschaft sowie der Zivilgesellschaft insgesamt dazu geführt, dass Vertreter des Staates aus dem Bereich der Aids-Bekämpfung und -behandlung äußerst zurückhaltend sind, wenn es um die Unterstützung von NGOs geht, die Präventionsarbeit leisten.

Anfang der 2000er Jahre, zur Hochzeit der NGOs in Russland, hatte es Hunderte landesweiter und regionaler Organisationen gegeben, die das durch staatliches Misstrauen und Gleichgültigkeit entstandene Vakuum füllten. Deren Outreach-Arbeit mit den Risikogruppen hatte seinerzeit ganz gewiss zu einem Rückgang der Epidemie beigetragen. 2012 allerdings setzte dann das berüchtigte Gesetz über »ausländische Agenten« viele Organisationen, die Drogenkonsumenten, Sexarbeiter*innen oder Gruppen für LGBTQ-Rechte unterstützt hatten, außer Gefecht, indem sie genötigt wurden, sich aufzulösen oder ihre Tätigkeit zurückzufahren. Auch die NGOs, die versuchten standhaft zu bleiben, sahen sich dann einem »Tod durch staatliche Überprüfung« ausgesetzt und hatten keine andere Wahl, als die knappen Ressourcen für Anwälte und Buchhalter aufzuwenden, anstatt für ihre eigentliche Mission. Weitere Schläge folgten durch ein Gesetz von 2013, dass die Vermittlung von Informationen über gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen an Minderjährige unter Strafe stellt (an der Spitze der Initiative stand die Orthodoxe Kirche). Mit dem erneuten Amtsantritt Wladimir Putins als Präsident Russlands war der größte Teil der ausländischen Unterstützung finanzieller wie technischer Art umgehend vom Tisch. Die »United States Agency for International Development« (USAID) war 2012 des Landes verwiesen worden. Das letzte Förderprogramm des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria wurde 2017 eingestellt, doch waren die Zahlungen bereits ab 2013 bis auf einen dürftigen Strom zurückgegangen. Einige entschlossene, fähige Fachleute aus der Zivilgesellschaft haben den Kampf fortgeführt, doch sind viele verständlicherweise in den privaten Sektor oder ins Ausland abgewandert. Dadurch sind nur noch 20 Programme zum Nadel- und Spritzentausch aktiv.

Harm Reduction wird gebraucht

Der einzige Weg die Epidemie aufzuhalten besteht darin, die Risikogruppen mit Bildung und Leistungsangeboten zu erreichen, mit denen einer Übertragung vorgebeugt werden kann. In Russland müsste ein solcher Ansatz

mit einem humanen Umgang mit Abhängigkeit beginnen. Stattdessen behandelt die offizielle russische Politik Drogenkonsum eher in strafrechtlichen Kategorien, denn als Frage der öffentlichen Gesundheit. Das hat zu Verachtung und Diskriminierung gegenüber Personen mit intravenösem Drogenkonsum geführt. Die »Wissenschaft« Namens russische Narkologie ist in Wirklichkeit keineswegs wissenschaftlicher Natur. Ein 2013 verabschiedetes Gesetz führte eine Zwangsbehandlung ein, vorgeblich, um Abhängige zu einer Rehabilitation zu bewegen. Was die Menschen stattdessen erhalten, ist eine Reihe von ideologisch begründeten, nicht verifizierten, potentiell lebensgefährlichen Maßnahmen, zu denen eine Fixierung von Betroffenen, Schocktherapien, Versetzen ins Koma und das Erwärmen des Körpers auf 43 Grad Celsius gehören (http://en.rylkov-fond.org/wp-content/uploads/2016/03/Russia-JustSayNyet-CND2016_final.pdf). Da ist es wenig überraschend, dass nur zwei Prozent der Russen, die wegen Drogenvergehen verurteilt wurden, die Behandlung einer Bestrafung vorziehen und nur ein Prozent derjenigen, die unfreiwillig zu einer »Behandlung« gebracht wurden, ein Jahr danach noch drogenfrei waren. Menschenrechtsorganisationen, unter anderem Ausschüsse der Vereinten Nationen, haben diese Praxis als Menschenrechtsverletzung eingestuft. Ein in Moskau angesiedelter angesehener Träger nennt die Maßnahmen »grausam und Folter«. Dass die Zahl der Narkologen im Land schrumpft, könnte ein Hinweis darauf sein, dass unter Ärzten und Forschern ein zunehmendes Unbehagen angesichts der Fragen besteht, die sich aus der Umsetzung dieser bedenklichen Politik des Staates für das Berufsethos ergeben.

Die international bewährteste Praxis besteht in einer Opioid-Agonisten-Therapie (OAT) für Abhängige, doch wird diese von Russland entschieden und hartnäckig abgelehnt. Vertreter des Staates wiederholen auf allen Ebenen papageienartig die Parteilinie zu Methadon und Buprenorphin (von denen belegt ist, dass sie die Sucht reduzieren, Entzugssymptome verhindern und die Abhängigen in die Lage versetzen, ihr Leben zu stabilisieren). Dabei wird behauptet, dass eine Legalisierung dieser Drogen allein den Interessen der internationalen Pharmaindustrie dienen würde und lediglich eine Abhängigkeit durch eine andere abgelöst und somit neue Schwarzmärkte geschaffen würden. Teresa Kassajewa, ehemalige stellvertretende Gesundheitsministerin, seinerzeit zuständig für HIV/Aids und jetzt Leiterin des Tuberkuloseprogramms der Weltgesundheitsorganisation, hat gesagt, dass *Harm Reduction* zwar »so raffiniert aussieht«, aber »das Problem nicht löst«, weil es sich mehr auf die Symptome konzentrierte als auf die der Sucht zugrunde liegenden Ursachen. Viktor Iwa-

now, der ehemalige Leiter des Föderalen Dienstes für die Drogenaufsicht, hat OAT als »mörderische Therapie« bezeichnet, die »diejenigen, die in ihr gefangen sind, mit ihren ganz eigenen chemischen Handschellen fesselt«. Die Auswirkungen des Verbots von OAT wurden unmittelbar und drastisch auf der Krim deutlich, wo die Okkupation von 2014 für nahezu tausend Drogenkonsumenten ein plötzliches Ende der Angebote bedeutete. Daten der Vereinten Nationen zeigen, dass mindestens 120 dieser Patienten durch Selbstmord, eine Überdosis oder Komplikationen durch HIV oder Tuberkulose ums Leben kamen. Diese Schicksale hätten bei einer Fortführung der Medikation aller Wahrscheinlichkeit nach vermieden werden können.

Was die Übertragung des Virus durch sexuelle Kontakte anbelangt, so sind öffentliche Aufklärungskampagnen zum Gebrauch von Kondomen dünn gesät. Es bestehen außerordentliche rechtliche Grenzen in Bezug auf sexuelle Aufklärung und Bildung für Erwachsene und Teenager, wobei die genehmigten Lehrprogramme Abstinenz und Sittlichkeit betonen. Bis zu einem gewissen Maße hat sich der private Sektor in die Diskussion eingeschaltet: Im Fernsehen wird beispielsweise Werbung für »Durex«-Kondome gemacht – mit Anspielungen auf HIV-Prävention. Die Regierung hält es mit jenen, die Ruhe wollen, wenn der stellvertretende Gesundheitsminister Sergej Krajewoj sagt, dass »es in einer wahrhaft freien Gesellschaft darum gehen sollte, die kulturellen und religiösen Traditionen einer Nation zu achten«. Ein vom Ministerium für Bildung und Forschung gesponserter Webinar, das zum Welt-Aids-Tag im Dezember 2017 erschien, forderte Lehrkräfte dezidiert dazu auf, das Wort »preserwatiw« zu vermeiden, und drängte sie, stattdessen auf Tugendhaftigkeit und traditionelle Werte abzuheben.

Der Weg nach vorn

Russlands HIV/Aids-Epidemie ist nicht nur eine humanitäre Frage. Die finanziellen und sozialen Kosten könnten – insbesondere, wenn sich die Epidemie über die stigmatisierten Risikogruppen hinaus ausbreitet – verstärkt zu politischer und wirtschaftlicher Instabilität führen. Durch eine inkonsequente Befolgung von ART können behandlungsresistente Viren herangezüchtet werden, die sich möglicherweise über die Grenzen Russlands hinaus verbreiten. Und am wichtigsten ist wohl, dass jene russischen NGOs, die in ihrem Kampf gegen die Epidemie – und gegen die Rückständigkeit der eigenen Regierung – verharren, einer nachhaltigen Anerkennung und jedweder Unterstützung würdig sind, die aufgeboten werden kann. Schließlich ist die derzeitige medizinische und epidemiologische Situation vollkommen vermeidbar. Die Lage wird von einer Politik des

Staates bestimmt, die Ideen aus dem Westen feindlich gegenübersteht und Gesundheitspolitik letztlich zu einer der Waffen des antiwestlichen Propaganda-Arsenals des Kreml macht. Angesichts umfangreicher wissenschaftlicher Belege und klarer Vorbilder, die sich in anderen

Ländern bewährt haben, lässt sich die Situation wenden – allein Politik und Ideologie stehen dem im Wege.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Das englischsprachige Original dieses Beitrags erschien als PONARS Eurasia Policy Memo (<http://www.ponarseurasia.org/memo/russias-avoidable-epidemic-hiv-aids>). Wir bedanken uns bei PONARS Eurasia und Prof. Dr. Judyth Twigg für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Über die Autorin:

Judyth Twigg ist Professorin am Institut für Politische Wissenschaft der Virginia Commonwealth University in Richmond, VA.

Bibliografie

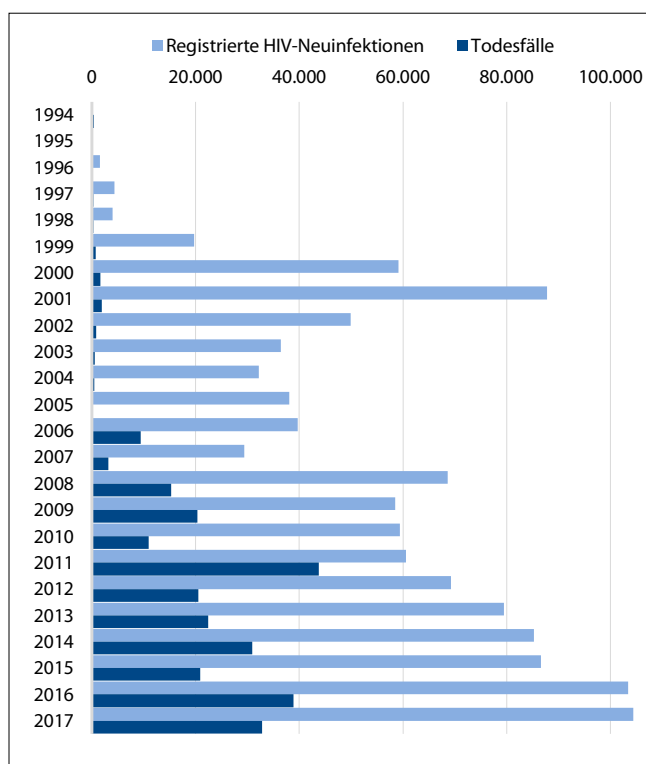
- Aasland A.; Meylakhs A. Y. (2018). Adjusting the Scope of Interaction Between State and Civil Society: HIV Prevention Among Drug Users. In: Kropp S., Aasland A., Berg-Nordlie M., Holm-Hansen J., Schuhmann J. (eds). *Governance in Russian Regions* (Palgrave Macmillan, Cham).
- Beyrer, C.; Wirtz, A. L.; O'Hara, G.; Léon, N.; Kazatchkine, M. (2017). The Expanding Epidemic of HIV-1 in the Russian Federation, *PLOS Medicine*, 14(11), e1002462. doi:10.1371/journal.pmed.1002462.
- Cepeda, J. A.; Eritsyan, K.; Vickerman, P.; Lyubimova, A.; Shegay, M.; Odinkova, V.; Beletsky, L.; Borquez, A.; Hickman, M.; Beyrer, C.; Martin, N. K. (2018). Potential impact of implementing and scaling up harm reduction and antiretroviral therapy on HIV prevalence and mortality and overdose deaths among people who inject drugs in two Russian cities: a modelling study. *The Lancet HIV*. doi:10.1016/s2352-3018(18)30168-1.
- Clark, F. (2016). Gaps Remain in Russia's Response to HIV/AIDS, *The Lancet*, 388(10047), 857–858. doi:10.1016/s0140-6736(16)31480-5.
- Cohen, J. (2018). Russia's HIV/AIDS Epidemic is Getting Worse, Not Better, *Science*, <https://www.sciencemag.org/news/2018/06/russia-s-hiv-aids-epidemic-getting-worse-not-better>.
- Degenhardt, L.; Peacock, A.; Colledge, S.; Leung, J.; Grebely, J.; Vickerman, P.; Stone, J.; Cunningham, E. B.; Trickey, A.; Dumchev, K.; Lynskey, M.; Griffiths, P.; Mattick, R. P.; Hickman, M.; Larney, S. (2017). Global Prevalence of Injecting Drug Use and Sociodemographic Characteristics and Prevalence of HIV, HBV, and HCV in People Who Inject Drugs: A Multistage Systematic Review, *The Lancet Global Health*, 5(12), e1192–e1207. doi:10.1016/s2214-109x(17)30375-3.
- Gashnikova, N. M.; Astakhova, E. M.; Gashnikova, M. P.; Bocharov, E. F.; Petrova, S. V.; Pun'ko, O. A.; Popkov, A. V.; Totmenin, A. V. (2016). HIV-1 Epidemiology, Genetic Diversity, and Primary Drug Resistance in the Tyumen Oblast, Russia, *BioMed Research International*, 2016, 1–13. doi:10.1155/2016/2496280.
- Golichenko, M., & Chu, S. K. H. (2018). Human Rights in Patient Care: Drug Treatment and Punishment in Russia, *Public Health Reviews*, 39(1). doi:10.1186/s40985-018-0088-5.
- Gómez, E. J. (2015). Crafting AIDS Policy in Brazil and Russia: State–Civil Societal Ties, Institutionalised Morals, and Foreign Policy Aspiration, *Global Public Health*, 11(9), 1148–1168. doi:10.1080/17441692.2015.1094112.
- Heimer, R. (2018). The Policy-Driven HIV Epidemic Among Opioid Users in the Russian Federation, *Current HIV/AIDS Reports*, 15(3), 259–265. doi:10.1007/s11904-018-0395-y.
- Hoskins, R. (2016). Russia's Silent HIV Epidemic, *Foreign Policy*, <https://foreignpolicy.com/2016/11/22/russias-silent-hiv-epidemic-fskn-krokodil-aids-public-health-putin/>.
- Jones, S. (2018). How Social Conservatism Fueled Russia's HIV Epidemic, *Politico*, <https://www.politico.com/magazine/story/2018/02/25/russia-hiv-aids-epidemic-social-conservatism-orthodox-church-217011>.
- King, E. J.; Evdokimova, I.; Godunova, J. (2019). "If She Gave Birth to a Healthy Child, Then She May Forget About Her Own Health": Postpartum Engagement in HIV Care and Treatment Among Women Living With HIV in Russia, *Global Public Health*, 14(15). doi:10.1080/17441692.2018.1536157
- Litvinova, D. (2017). The Epidemic That Was Forced to Wait in Line, *The Moscow Times*, <https://www.themoscowtimes.com/2017/02/02/russia-hiv-explainer-a56996>.

- Lunze, K.; Raj, A.; Cheng, M. D., Quinn, E. K.; Lunze, I. F.; Liebschutz, J. M.; Bidden, C.; Walley, A. Y.; Blokhina, E.; Krupitsky, E.; Samet, J.H. (2016). Sexual Violence From Police and HIV Risk Behaviours Among HIV-Positive Women Who Inject Drugs in St. Petersburg, Russia – A Mixed Methods Study, *Journal of the International AIDS Society*, 19(4 (Suppl 3)). doi:10.7448/ias.19.4.20877.
- Roache, M. (2017). Russia’s Methadone Ban Is Fueling an HIV Epidemic in Crimea, *The Moscow Times*, <https://www.themoscowtimes.com/2017/11/11/russias-methadone-ban-is-fueling-a-hiv-a59488>.
- Sarang, A. (2017). Civil Society and Drugs in Russia: Moving Towards the Conservative Agenda, *The Lancet*, 390(10102), 1621–1622. doi:10.1016/s0140-6736(17)32385-1.
- Starodubov, V. I.; Marczak, L. B.; Varavikova, E.; Bikbov, B.; Ermakov, S. P.; Gall, J.; Glenn, S. D.; Griswold, M.; Idrisov, B.; Kravchenko, M.; Lioznoy, D.; Loyola, E.; Rakovac, I.; Vladimirov, S. K.; Vlassov, V.; Murray, C. J. L.; Naghavi, M. (2018). The Burden of Disease in Russia from 1980 to 2016: A Systematic Analysis for the Global Burden of Disease Study 2016, *The Lancet*, 392(10153), 1138–1146, doi:10.1016/s0140-6736(18)31485-5.

GRAFIK ZUM TEXT

Jährliche HIV-Neuinfektionen und Anzahl der Todesfälle aufgrund von Aids (1994–2017)

Grafik 1: Jährliche HIV-Neuinfektionen und Anzahl der Todesfälle aufgrund von Aids (1994–2017)



	Registrierte HIV-Neuinfektionen	Todesfälle
1994	0	364
1995	203	43
1996	1.513	96
1997	4.315	276
1998	3.971	265
1999	19.758	741
2000	59.161	1.667
2001	87.771	1.875
2002	49.923	837
2003	36.396	580
2004	32.147	486
2005	38.021	165
2006	39.652	9.396
2007	29.382	3.133
2008	68.576	15.302
2009	58.509	20.392
2010	59.396	10.969
2011	60.584	43.736
2012	69.280	20.511
2013	79.421	22.387
2014	85.252	30.927
2015	86.599	20.852
2016	103.438	38.863
2017	104.402	32.797

Quelle: Berechnungen der Autorin basierend auf Daten des Föderalen Aids-Zentrums.

Die Bewegung der Aids-Leugner in Russland

Ulla Pape (Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin)

Zusammenfassung

Das Leugnen der Aids-Epidemie hat sich in den vergangenen Jahren zu einem weitverbreiteten Phänomen in Russland entwickelt. Die Aids-Leugner bestreiten die Existenz der Aids-Epidemie und den Zusammenhang zwischen HIV und Aids. Sie versuchen mit Falschinformationen, Betroffene von der antiretroviralen Therapie als lebenserhaltende Behandlung abzuhalten bzw. zum Therapieabbruch zu motivieren. Die antiwissenschaftliche Bewegung der Aids-Leugner findet vorwiegend im Internet Verbreitung. Es gibt jedoch vermehrt auch russische Ärzte, die als Anhänger der Aids-Leugnung in den Medien auftreten. Da die Aids-Leugnung vermehrt Zuspruch unter Patienten findet und zur allgemeinen Tabuisierung beiträgt, stellt sie ein schwerwiegendes Problem für die Bekämpfung der Aids-Epidemie in Russland dar.

Einleitung

Am 27. August 2017 starb die zehnjährige K. in St. Petersburg an den Folgen einer HIV-Infektion. Ihre christlich-orthodoxen Pflegeeltern hatten lokalen Medien zufolge bis zuletzt die Überzeugung vertreten, dass die Immunschwächeerkrankung nicht existiere, und daher von einer antiretroviralen Therapie für ihre Tochter abgesehen. Auch die Vormundschaftsbehörde, die K. Jahre zuvor vermittelte, hatte die Behandlung des Mädchens nicht überprüft, obwohl die HIV-Infektion seit der Geburt bekannt war. Als die Gesundheitsbehörden der Stadt St. Petersburg schließlich auf den Fall aufmerksam wurden und eine Zwangseinweisung von K. anordneten, war die Erkrankung bereits so weit fortgeschritten, dass die Ärzte das Leben des Mädchens nicht mehr retten konnten.

K. ist kein Einzelfall. Immer wieder sterben Menschen in Russland, die unter dem Einfluss der sogenannten Aids-Leugner eine Behandlung von HIV ablehnen. Im Mai 2019 erarbeitete das russische Gesundheitsministerium daher einen Gesetzesentwurf, der die Leugnung von HIV in Zukunft unter Strafe stellen soll. Noch ist nicht bekannt, ob der Gesetzesentwurf angenommen wird [Der Gesetzesentwurf des Russischen Gesundheitsministeriums zum Verbot der Aids-Leugnung ist abrufbar unter: <https://regulation.gov.ru/projects#search=инфекция&пра=91089>]. Deutlich ist jedoch, dass das Phänomen der Aids-Leugnung ein weiteres Hindernis für die Bekämpfung der Epidemie in Russland darstellt. In diesem Artikel stehen daher drei Fragestellungen im Zentrum: Wer sind die Aids-Leugner in Russland? Auf welche Argumentationen stützen sie sich? Und welche Faktoren erklären, warum die Bewegung in den vergangenen Jahren verstärkt Zulauf erhalten hat?

Was bedeutet es, HIV und Aids zu leugnen?

Das Phänomen der Aids-Leugnung begleitet die Epidemie seit ihrem Beginn in den 1980er Jahren. Unter dem

Begriff »Aids-Leugnung« wird eine Vielzahl von verschiedenen, den wissenschaftlichen Erkenntnissen entgegenstehenden Ansichten verstanden, die die Existenz der Infektionskrankheit, den Zusammenhang zwischen HIV und dem Krankheitsbild Aids sowie die erwiesene Wirksamkeit der antiretroviralen Therapie abstreiten. Die Ansichten der Aids-Leugner sind nicht kohärent, sondern verbinden vielmehr verschiedene, sich teilweise widersprechende Verschwörungstheorien, wie z. B. die Thesen »HIV existiert nicht« und »HIV wurde von den Geheimdiensten in die Welt gesetzt«. Charakteristisch für antiwissenschaftliche Bewegungen ist, dass sie die Validität wissenschaftlicher Erkenntnisse generell bezweifeln und anekdotische Beweise anführen, um allgemein anerkannte Theorien vermeintlich zu widerlegen. Die Bewegung der Aids-Leugner zeichnet sich dadurch aus, dass sie besonders unter Betroffenen, also Menschen mit HIV, Zulauf findet und sich wesentlich aus Verzweiflung und Angst vor sozialer Ausgrenzung speist.

In der internationalen Diskussion wird die Aids-Leugnung vor allem mit Südafrika in Verbindung gebracht. Dort lehnte die Regierung Mbeki unter dem Einfluss der internationalen Aids-Leugner zu Beginn der 2000er Jahre die Einführung von international finanzierten Präventions- und Behandlungsprogrammen ab, was den Einschätzungen von Wissenschaftlern zufolge zu mehr als 300.000 vermeidbaren Krankheits- und Todesfällen führte. Als Reaktion auf diese Entwicklung unterzeichneten mehr als 5.000 Mediziner im Jahr 2000 die Durban-Erklärung, welche die Leugnung von HIV und Aids verurteilt. Unter den Unterzeichnern befinden sich auch Mediziner aus Russland und anderen postsowjetischen Staaten. Trotz dieser deutlichen Positionierung der medizinischen Gemeinschaft bestehen die transnationalen Netzwerke der Aids-Leugner jedoch fort und werden vermehrt als Hindernis für die Prävention und Behandlung der Infektionskrankheit wahrgenommen.

Wer sind die Aids-Leugner und wie gehen sie vor?

Im Gegensatz zu Südafrika unter Präsident Mbeki ist die Aids-Leugnung in Russland kein staatliches Phänomen. Russische Ärzte und staatliche Entscheidungsträger vertreten mehrheitlich die wissenschaftlich anerkannte Position zur Immunschwächekrankheit. Das Gesundheitsministerium versucht mit Erklärungen und der bereits erwähnten Gesetzesvorlage gegen die Aids-Leugnung vorzugehen und ruft Menschen auf, bestehende Behandlungsangebote wahrzunehmen. Dennoch hat die Bewegung der Aids-Leugner in den vergangenen Jahren gerade in Russland an Einfluss gewonnen.

Die russischen Aids-Leugner bezeichnen sich selbst als »Aids-Dissidenten« (rus.: *SPID dissidenty*), ein Name, der auch als Fremdbezeichnung übernommen wurde. Man kann die Aids-Leugner als soziale Bewegung verstehen, da es nicht nur um eine geteilte Überzeugung, sondern auch um Netzwerke und Unterstützungsmechanismen geht. Aufgrund ihrer Informalität ist es schwierig, das Ausmaß der Bewegung zu ermitteln. Die wichtigsten Kommunikationskanäle sind Internetforen und soziale Medien. Forscher aus St. Petersburg führten 2013 die erste soziologische Untersuchung zu Netzwerken von Aids-Leugnern im russischen Internet durch. Im Zentrum der Studie stand eine offene Online-Community, die zum Zeitpunkt der Untersuchung 13.000 Mitglieder zählte.

Die Forscher stellten fest, dass sich die meisten Neulinge der Gruppe anschließen, da sie offene Fragen bzw. Zweifel an der gängigen Behandlung von HIV in den staatlichen Aids-Zentren in Russland haben. Häufig führen Ratlosigkeit und Verzweiflung über ein positives Testergebnis dazu, dass Menschen im Internet nach Informationen suchen und auf die Online-Communities der Aids-Leugner stoßen, die durch ihre Aktivität hohe Suchmaschinen-Platzierungen erreichen. Innerhalb der Online-Community identifizierten die Forscher drei Gruppen von Mitgliedern. Neben überzeugten Aids-Leugnern gibt es Zweifler, die Fragen stellen und um Rat suchen, und Gegner, die sich den Thesen der Aids-Leugner entgegenstellen. In der Online-Community halten die überzeugten Aids-Leugner, wie zu erwarten, eine dominante Stellung und versuchen, die Zweifler zu überzeugen und die Gegner ihrer Thesen auszugrenzen.

Durch die Analyse der Forumsbeiträge konnten die Soziologen drei Hauptargumentationsstränge der russischen Aids-Leugner herausarbeiten. Der erste Argumentationsstrang bezieht sich auf die Zurückweisung der wissenschaftlichen Erkenntnisse. Die Existenz von HIV als krankheitsverursachender Virus lasse sich nicht beweisen; daher seien die auf ihr beruhenden medizinischen Behandlungen abzulehnen. Die zweite These

der Aids-Leugner sieht die vermeintliche Aids-Epidemie als Erfindung einer internationalen Verschwörung, als deren Protagonisten entweder die profitorientierte Pharmaindustrie oder feindliche ausländische Mächte in Erscheinung treten, die danach trachteten, das Ansehen Russlands in Diskredit zu bringen. Die dritte Argumentation schließlich bezieht sich auf die antiretrovirale Therapie, welche den Aids-Leugnern zufolge wirkungslos oder sogar schädlich sei. Anhänger dieser These rufen Betroffene daher auf, keine Behandlung in den staatlichen Aids-Zentren in Anspruch zu nehmen bzw. diese abubrechen und auf alternative Heilungsmethoden zurückzugreifen.

Die Bewegung der Aids-Leugner ist in Russland jedoch kein Randphänomen, das sich auf das Internet beschränkt. Entgegen der allgemeinen Linie des Gesundheitsministeriums gibt es zahlreiche russische Ärzte, die die Thesen der Aids-Leugner vertreten. Ein Beispiel ist Wladimir Agejew, der an der Medizinischen Hochschule Irkutsk unterrichtet und die Aids-Leugnung unter seinen Studierenden und in Publikationen verbreitet. Darüber hinaus haben zahlreiche Aids-Leugner in den vergangenen Jahren die Möglichkeit erhalten, im russischen Staatsfernsehen aufzutreten und Werbung für alternative Behandlungen zu verbreiten. In begrenztem Umfang erhalten die russischen Aids-Leugner Unterstützung aus dem Ausland. So drehte eine deutsche Filmemacherin 2012 einen Film zur Propagierung der Aids-Leugnung, in dem auch russische Protagonisten zu Wort kommen.

Es formiert sich jedoch auch Widerstand in der russischen Zivilgesellschaft. Viele Aids-Organisationen beobachten die Aktivitäten der Aids-Leugner kritisch und informieren Betroffene darüber, dass eine Verweigerung der Behandlung tödliche Folgen haben kann. Im Juni 2019 erschien die Fernsehdokumentation »Epidemie« von Anton Krasowskij, dem Leiter des russischen NGO »Aids Center«, die eine Warnung vor dem wachsenden Einfluss der Aids-Leugner in Russland darstellt [Die Dokumentation ist abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=QD1HJOnsfSg>].

Warum finden die Aids-Leugner vermehrt Zulauf?

Die Aids-Leugnung ist kein neues Phänomen in Russland. Bereits 1987 publizierte die *Literaturnaja Gazeta* einen Bericht, demzufolge HIV als Folge von Menschenversuchen in US-amerikanischen Geheimdienstlaboren entstanden sei. Die Epidemie, die ihren Schwerpunkt zum damaligen Zeitpunkt in den USA hatte, wurde während des Kalten Krieges von der Sowjetunion also zu propagandistischen Zwecken genutzt. Das Topos vom Virus als Resultat einer missglückten Operation

hält sich seitdem hartnäckig und wird in den Diskursen der russischen Aids-Leugner regelmäßig aufgegriffen. Weitverbreitet in Russland sind auch sogenannte Aids-Mythen, also Falschinformationen, wie zum Beispiel der Glaube, dass HIV durch alltäglichen Umgang übertragen werden kann.

Fragt man nach den Gründen für das Erstarken der Bewegung der Aids-Leugner in Russland, so lassen sich im Wesentlichen drei Faktoren ausmachen. Erstens fällt auf, dass es an zuverlässigen und eindeutigen Informationen zum Thema HIV und Aids mangelt. Das Föderale Aidszentrum stellt seit 2012 vermutlich aus Reputationsgründen keine statistischen Informationen mehr zum Ausmaß der russischen Aids-Epidemie zur Verfügung. Staatliche Stellen in Russland machen widersprüchliche Angaben zur Zahl der in Russland Infizierten. Zudem gibt es einen Konflikt zwischen verschiedenen staatlichen Stellen, was die Bewertung der epidemiologischen Entwicklung in Russland betrifft. Als die Gesundheitsbehörden der Stadt Jekaterinburg beispielsweise 2016 die regionale Situation als »Epidemie« bezeichneten (eine Zustandsbeschreibung, die für alle Regionen in Russland zutreffend ist), führte dies zu einer Rüge von Seiten des Föderalen Gesundheitsministeriums, das generell den Begriff der Epidemie vermeidet und zur Beschönigung der Entwicklung in Russland neigt.

Zudem positioniert sich die russische Regierung zunehmend als Gegenpol zur internationalen Gesundheitspolitik. Empfehlungen und Warnungen internationaler Organisationen werden von den russischen Behörden als falsch oder übertrieben zurückgewiesen. International bewährte Präventionsprogramme für Drogennutzer und andere Randgruppen werden untersagt oder marginalisiert. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich im Bereich HIV/Aids engagieren, werden zunehmend an den Rand gedrängt und laufen Gefahr, als ausländische Agenten registriert zu werden. Insgesamt führt diese Ideologisierung der russischen Aids-Politik zu einer Verunsicherung über das tatsächliche Ausmaß der Epidemie in Russland, was den Aktivitäten der Aids-Leugner Vorschub leistet, da sie sich auf ähnliche Argumentationsstrategien (»Übertreibung der Situation durch das Ausland«) stützen können.

Der zweite Erklärungsfaktor für das Erstarken der Bewegung der Aids-Leugner ist psychologischer Natur. Die weitverbreitete Stigmatisierung von Menschen mit HIV in Russland erhöht allgemein die Hemmschwelle, sich einem HIV-Test zu unterziehen oder überhaupt mit dem Thema auseinanderzusetzen. Zudem gibt es nur sehr wenige HIV-positive Menschen in der russischen Öffentlichkeit, da die Mehrheit der Betroffenen ihre Infektion aus Angst vor sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung geheim hält. Trotz des starken Anstiegs der

Epidemie in den vergangenen Jahren, ist die Aids-Epidemie somit für die meisten Russen nicht greifbar und wird von Soziologen daher als »unsichtbare Epidemie« bezeichnet. Dieser Umstand kann in der Bevölkerung zu dem Eindruck führen, dass die alarmierenden Berichte über die Verbreitung von HIV in Russland übertrieben oder erfunden seien. Einen besonders starken Einfluss hat die Tabuisierung und Stigmatisierung auf Menschen, die sich mit einem positiven Testergebnis konfrontiert sehen. Sie können durch Ratlosigkeit, Angst und Verzweiflung dazu geneigt sein, den – zunächst Entlastung bietenden – Theorien der Aids-Leugner Glauben zu schenken.

Der dritte Erklärungsfaktor ist eng mit den geringen Kapazitäten der russischen Gesundheitsbehörden verbunden. Aufgrund der Unterfinanzierung der staatlichen Aids-Zentren können die Ärzte dort keine oder nur eingeschränkte Vor- und Nachtestberatung durchführen. Menschen, die positiv auf HIV getestet werden, erhalten daher häufig nur unvollständige Informationen und kaum psychologische Betreuung. Ein wesentlicher Grund für die Zuwendung zu alternativen Erklärungsmodellen liegt zudem darin, dass die Qualität der antiretroviralen Therapie aufgrund mangelnder und veralteter Medikamente in vielen russischen Regionen unzureichend ist. Nebenwirkungen, die vermeidbar sind, wenn Ärzte die Therapie individuell einstellen können, führen dazu, dass Patienten die Behandlung abbrechen; sie haben subjektiv den Eindruck, dass es ihnen ohne antiretrovirale Medikamente besser geht. Dies führt zu der in den Kreisen der Aids-Leugner weitverbreiteten Überzeugung, dass die Therapie wirkungslos oder sogar schädlich sei. Generell lässt die Qualität der Behandlung in den Aids-Zentren sehr zu wünschen übrig. Viele Menschen mit HIV berichten von Mangel an Informationen, schlechter Behandlung, Überforderung des medizinischen Personals, Diskriminierung und weitverbreiteten Verstößen gegen die ärztliche Schweigepflicht. Dadurch sinkt bei vielen Betroffenen das Vertrauen in die offizielle Medizin, was im Gegenzug zur Attraktivität alternativer Erklärungsmodelle beiträgt.

Fazit: Was ist der Einfluss der Aids-Leugner in Russland?

Nach Aussagen russischer Mediziner häufen sich die Fälle von Menschen, die unter dem Einfluss der Aids-Leugner eine antiretrovirale Therapie für sich oder für ihre Kinder ablehnen. Seit 2017 berichten die russischen Medien vermehrt über Todesfälle, die mit der Aids-Leugnung in Verbindung stehen. Nach Angaben der NGO »Patientenkontrolle«, die die Aktivitäten der Aids-Leugner beobachtet, haben sich zwischen 2014 und 2018 insgesamt 84 Todesfälle durch Abbruch bzw.

Verzicht auf Behandlung ereignet, von denen 17 HIV-infizierte Kinder betrafen.

Zum Vergleich muss jedoch angeführt werden, dass im Jahr 2018 insgesamt 36.868 Todesfälle unter HIV-Infizierten in Russland verzeichnet wurden. Nur etwa ein Drittel der Menschen mit HIV hat Zugang zu anti-retroviraler Behandlung in Russland. Der Großteil der Todesfälle ist darauf zurückzuführen, dass die Betroffenen aus verschiedenen Gründen (fehlende Diagnose, Drogenabhängigkeit, Wohnungslosigkeit o. ä.) keinen Zugang zur antiretroviralen Therapie haben oder ihre Infektion in einem derart fortgeschrittenen Stadium der Erkrankung festgestellt wurde, dass eine erfolgreiche Behandlung nicht mehr möglich war. In der Gesamtschau betrachtet sind die Todesfälle, die direkt auf die

Aktivitäten der Aids-Leugner zurückzuführen sind, somit begrenzt.

Das Erstarren der Bewegung der Aids-Leugner offenbart jedoch eine tiefe Vertrauenskrise in der russischen Aids-Politik. Das Fehlen von konsequenten und eindeutigen Informations- und Aufklärungskampagnen, die Tabuisierung der Epidemie in der öffentlichen Debatte sowie die Widersprüchlichkeit der staatlichen Gesundheitspolitik, die den Aids-Leugnern einerseits entgegentritt, andererseits jedoch Ärzte, die Falschinformationen verbreiten, gewähren lässt, führen zu Verunsicherung in der Bevölkerung und bieten einen fruchtbaren Nährboden für die Verschwörungstheorien der Aids-Leugner.

Über die Autorin:

Ulla Pape ist Post-Doc-Forscherin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Sie forscht zu den Themen Gesundheits- und Sozialpolitik, Zivilgesellschaft sowie dem Verhältnis zwischen Unternehmen und Staat in Russland.

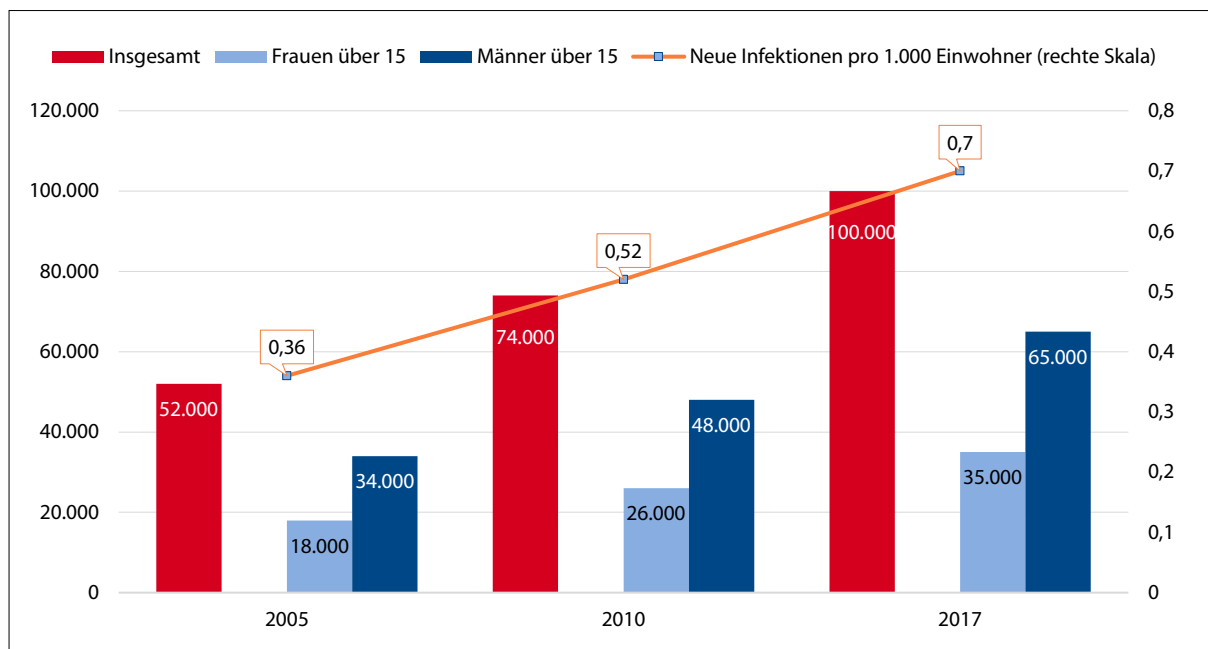
Bibliografie

- Barnett, T.; Whiteside, A. (2006). *AIDS in the 21st Century. Disease and Globalization*, 2nd ed. (Basingstoke, HA: Palgrave Macmillan).
- Kalichman, S.; Eaton, C.; Cherry, L. (2010). "There is no proof that HIV causes AIDS": AIDS denialism beliefs among people living with HIV/AIDS. *Journal of Behavioral Medicine*, 33(6), 432–440.
- Kalichman, S. (2014). The Psychology of AIDS Denialism. *European Psychologist*, 19(1), 13–22.
- Meylakhs, P.; Rykov, Y.; Koltsova, O.; & Koltsov, S. (2014). An AIDS-denialist online community on a Russian social networking service: Patterns of interactions with newcomers and rhetorical strategies of persuasion. *Journal of Medical Internet Research*, 16(11), E261.
- Nattrass, N. (2012). Fighting AIDS Denialism. *Journal of Acquired Immune Deficiency Syndromes*, 59(S1), 52.
- Nattrass, N. (2012). *The AIDS Conspiracy: Science Fights Back*. New York, NY: Columbia University Press.
- Pape, U. (2014). *The Politics of HIV/Aids in Russia*. London / New York: Routledge.
- Pape, U. (Forthcoming). HIV/AIDS in Eastern Europe and Central Asia. In Oxford Encyclopedia of LGBT Politics and Policy. Oxford University Press. doi:10.1093/acrefore/9780190228637.013.1314
- Rykov, Y.; Meylakhs, P.; Sinyavskaya, Y.; Gruzd, A.; Jacobson, J.; Wellman, B.; Mai, P. (2017). Network Structure of an AIDS-Denialist Online Community: Identifying Core Members and the Risk Group. *American Behavioral Scientist*, 61(7), 688–706.

STATISTIK

HIV/Aids in Zahlen

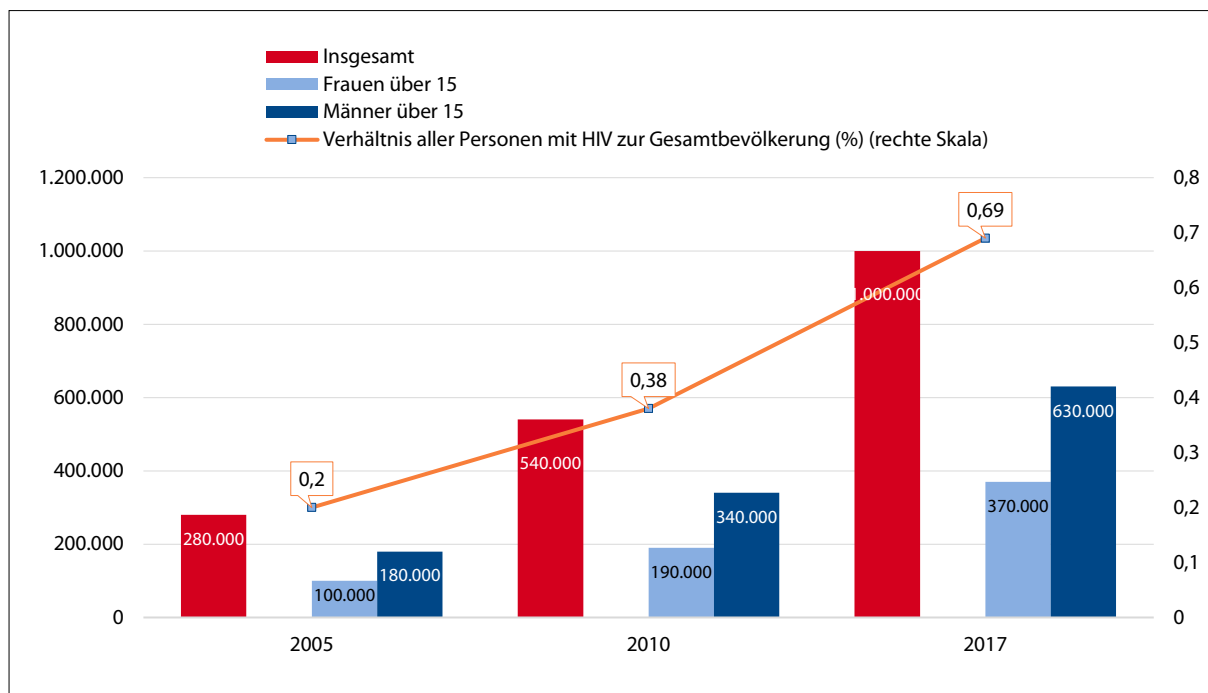
Grafik 1: HIV-Neuinfektionen in Russland



Anm.: Die Angaben sind alle geschätzte Durchschnittswerte.

Quelle: UNAIDS Data 2018, S. 298, https://www.unaids.org/sites/default/files/media_asset/unaids-data-2018_en.pdf

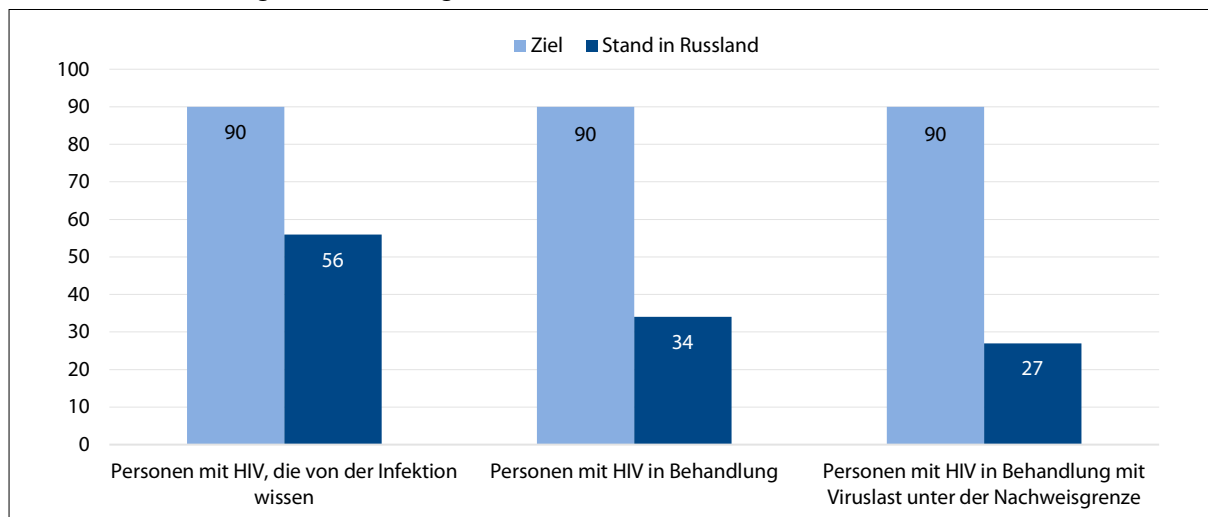
Tabelle 2: Personen mit HIV-Infektionen in Russland



Anm.: Die Angaben sind alle geschätzte Durchschnittswerte.

Quelle: UNAIDS Data 2018, S. 298, https://www.unaids.org/sites/default/files/media_asset/unaids-data-2018_en.pdf; Bevölkerungszahlen von der Weltbank, <https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?locations=RU>

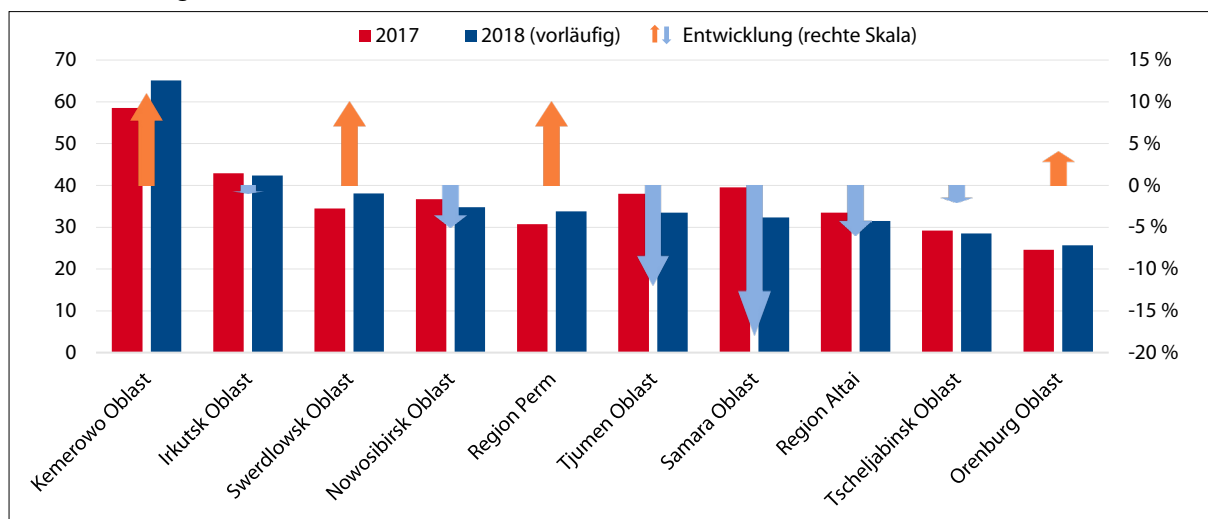
Grafik 3: Umsetzung der »Behandlungskaskade« in Russland (%)



Anm.: Das Entwicklungsziel zur Beendigung von Aids bis 2030 setzt sich folgende Maßstäbe: 90 Prozent der mit HIV lebenden Menschen sollen von ihrer HIV-Infektion wissen, 90 Prozent davon sollen Zugang zu HIV-Therapien haben – wiederum bei mindestens 90 Prozent aus dieser Gruppe soll die Viruslast unter die Nachweisgrenze gesenkt werden. Die Angaben für Russland basieren auf geschätzten Durchschnittswerten.

Quelle: UNAIDS Data 2018, S. 299, https://www.unaids.org/sites/default/files/media_asset/unaids-data-2018_en.pdf; Bevölkerungszahlen von der Weltbank, <https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?locations=RU>

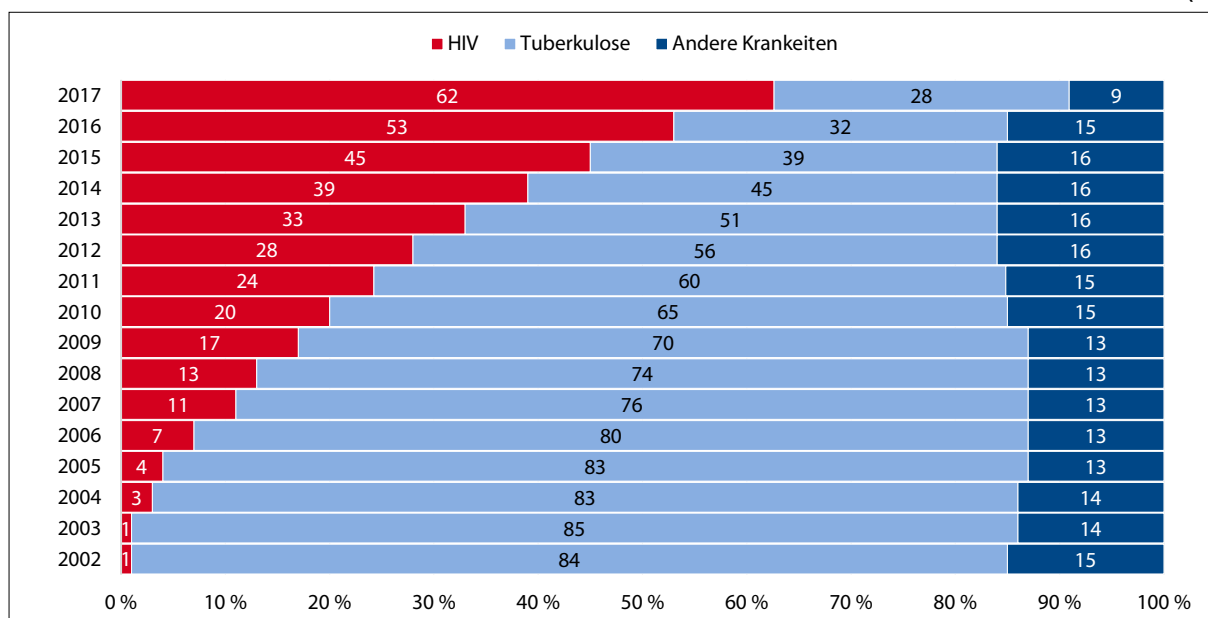
Grafik 4: Anzahl der an Aids gestorbenen Personen zu 100.000 Einwohnern in den am stärksten betroffenen Regionen Russlands



	2017	2018 (vorläufig)	Entwicklung (rechte Skala)
Kemerowo Oblast	58,5	65,1	11 %
Irkutsk Oblast	42,9	42,4	-1 %
Swerdlowsk Oblast	34,5	38,1	10 %
Nowosibirsk Oblast	36,7	34,8	-5 %
Region Perm	30,7	33,8	10 %
Tjumen Oblast	38,0	33,5	-12 %
Samara Oblast	39,5	32,3	-18 %
Region Altai	33,5	31,5	-6 %
Tscheljabinsk Oblast	29,2	28,5	-2 %
Orenburg Oblast	24,6	25,7	4 %

Quelle: RBC, berechnet nach Angaben von Rosstat und der regionalen statistischen Dienste, <https://www.rbc.ru/society/11/03/2019/5c6c0ae49a79477703d915b7>, veröffentlicht am 11. März 2019.

Grafik 5: Todesfälle durch bestimmte Infektionskrankheiten im Verhältnis zu allen Infektionstoten in Russland (%)



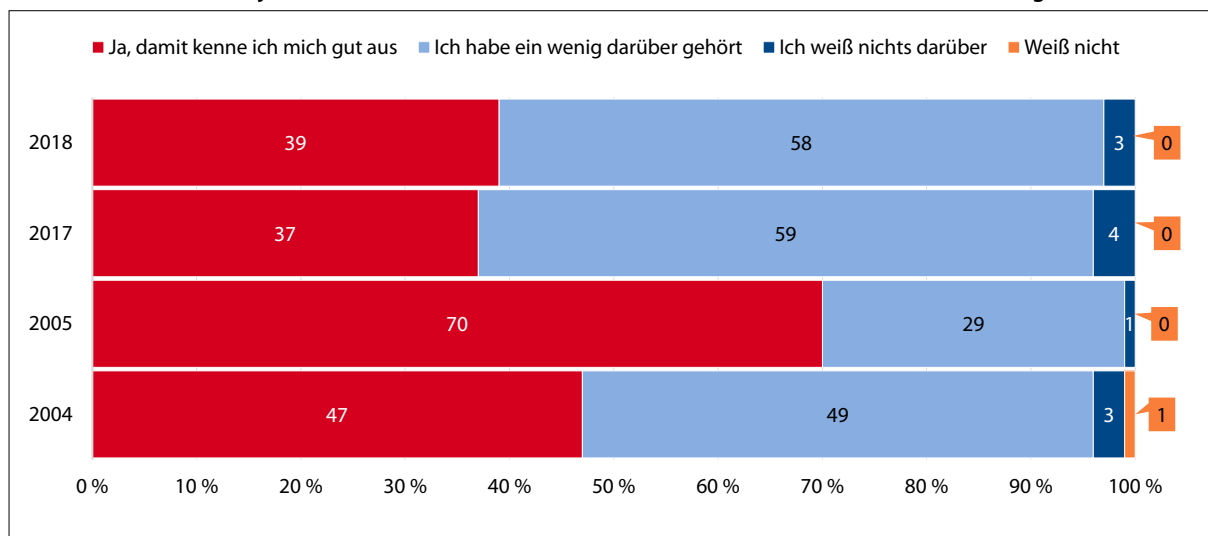
Anm.: Wegen Rundung ergibt die Summe der Werte nicht immer genau 100%.

Quelle: RBC, berechnet nach Angaben von Rosstat und der regionalen statistischen Dienste, <https://www.rbc.ru/society/11/03/2019/5c6c0ae49a79477703d915b7>, veröffentlicht am 11. März 2019.

UMFRAGE

HIV/Aids: Wahrnehmungen und Vorurteile

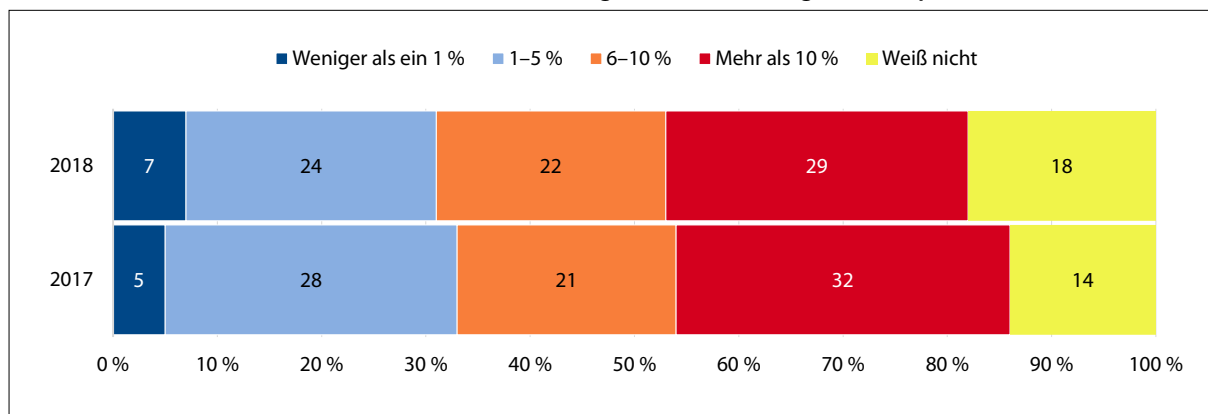
Grafik 1: Haben Sie jeweils vom Humanen Immundefizienz-Virus (HIV) oder der Krankheit Aids gehört? (%)



Anm.: Geschlossene Frage; eine Antwortmöglichkeit.

Quelle: WZIAM-Umfrage vom 28. November 2018 sowie Daten früherer Umfragen, <https://wciom.com/index.php?id=61&uid=1600#>, veröffentlicht am 30. November 2018.

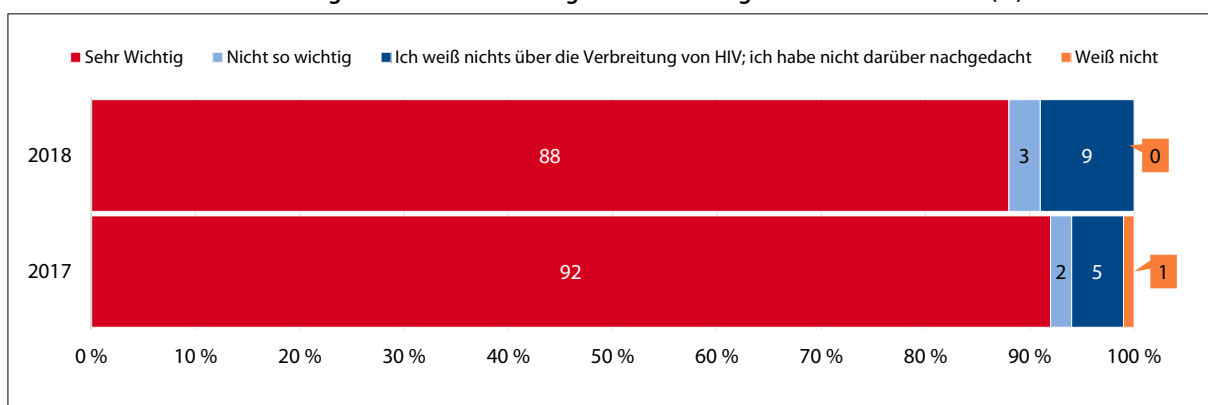
Grafik 2: Wie viel Prozent der Russischen Bevölkerung sind Ihrer Meinung nach HIV-positiv? (%)



Anm.: Geschlossene Frage; eine Antwortmöglichkeit.

Quelle: WZIOM-Umfrage vom 28. November 2018 sowie Daten früherer Umfragen, <https://wciom.com/index.php?id=61&uid=1600#>, veröffentlicht am 30. November 2018.

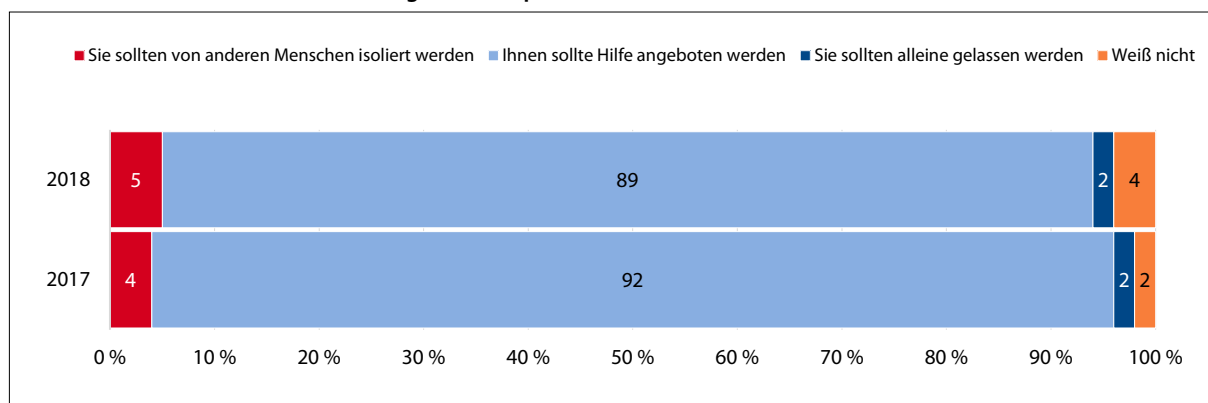
Grafik 3: Ist die Verbreitung von HIV Ihrer Meinung nach ein wichtiges Problem Russlands? (%)



Anm.: Geschlossene Frage; eine Antwortmöglichkeit.

Quelle: WZIOM-Umfrage vom 28. November 2018 sowie Daten früherer Umfragen, <https://wciom.com/index.php?id=61&uid=1600#>, veröffentlicht am 30. November 2018.

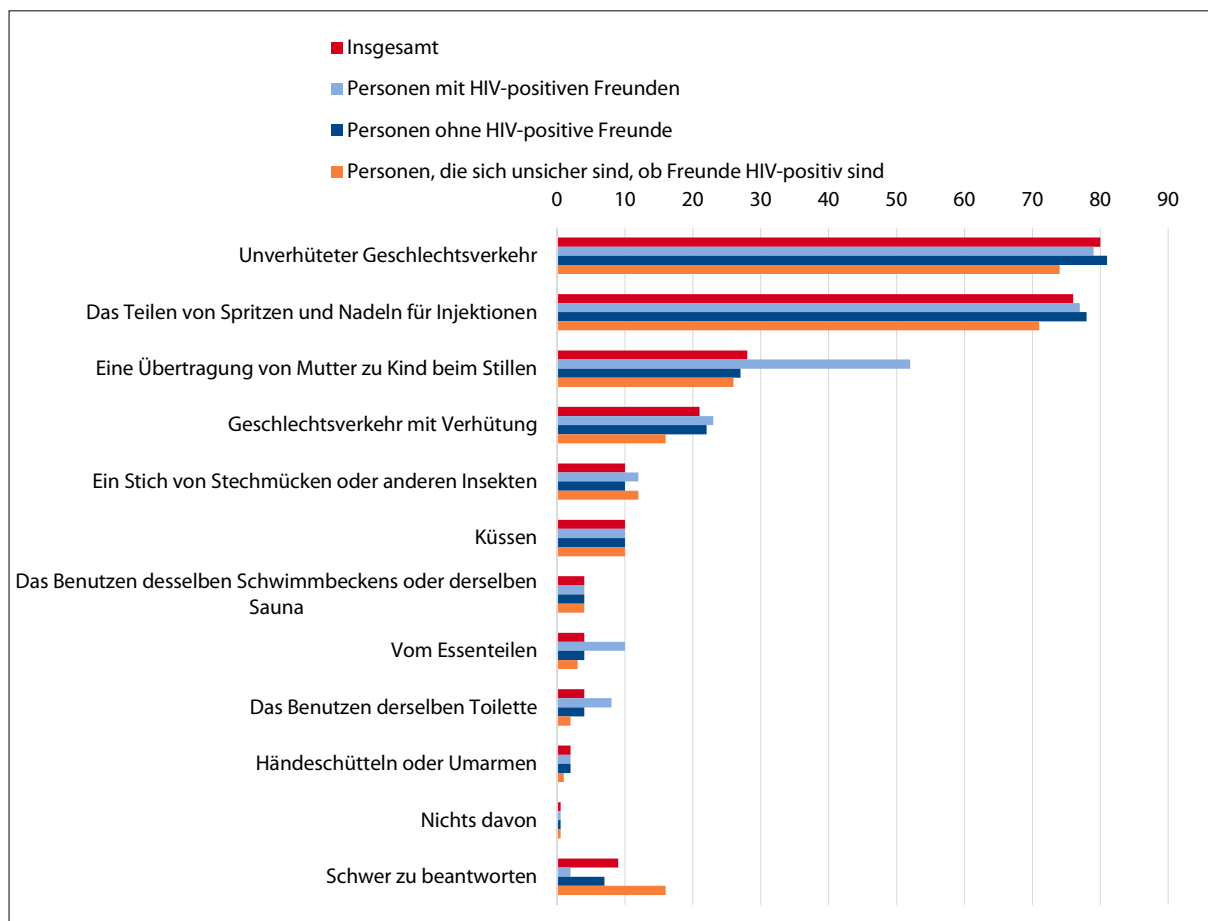
Grafik 4: Wie sollten Ihrer Meinung nach HIV-positive Personen behandelt werden? (%)



Anm.: Geschlossene Frage; eine Antwortmöglichkeit.

Quelle: WZIOM-Umfrage vom 28. November 2018 sowie Daten früherer Umfragen, <https://wciom.com/index.php?id=61&uid=1600#>, veröffentlicht am 30. November 2018.

Grafik 5: Welche der folgenden Interaktionen zwischen einer HIV-positiven und einer HIV-negativen Person kann Ihrer Meinung nach zu einer Übertragung der Krankheit führen? (%)

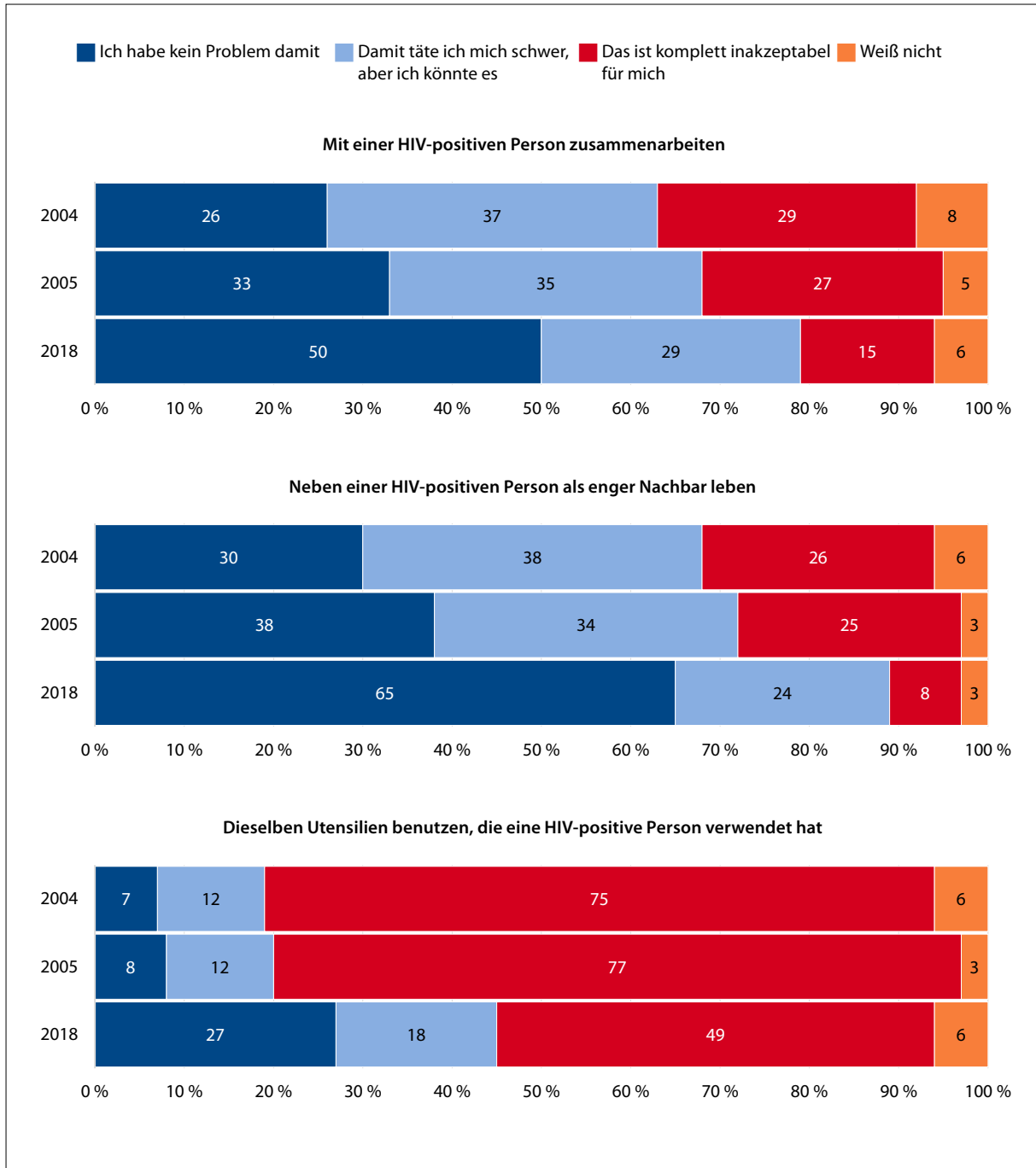


	Insgesamt	Personen mit HIV-positiven Freunden	Personen ohne HIV-positive Freunde	Personen, die sich unsicher sind, ob Freunde HIV-positiv sind
Unverhüteter Geschlechtsverkehr	80	79	81	74
Das Teilen von Spritzen und Nadeln für Injektionen	76	77	78	71
Eine Übertragung von Mutter zu Kind beim Stillen	28	52	27	26
Geschlechtsverkehr mit Verhütung	21	23	22	16
Ein Stich von Stechmücken oder anderen Insekten	10	12	10	12
Küssen	10	10	10	10
Das Benutzen desselben Schwimmbeckens oder derselben Sauna	4	4	4	4
Vom Essenteilen	4	10	4	3
Das Benutzen derselben Toilette	4	8	4	2
Händeschütteln oder Umarmen	2	2	2	1
Nichts davon	<1	<1	<1	<1
Schwer zu beantworten	9	2	7	16

Anm.: Vorgegebene Multiple-Choice Fragen. Sortierung absteigend nach den Insgesamt-Werten.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom November 2017, <https://www.levada.ru/en/2017/12/20/the-spread-of-hiv-aids/>, veröffentlicht am 20. Dezember 2017.

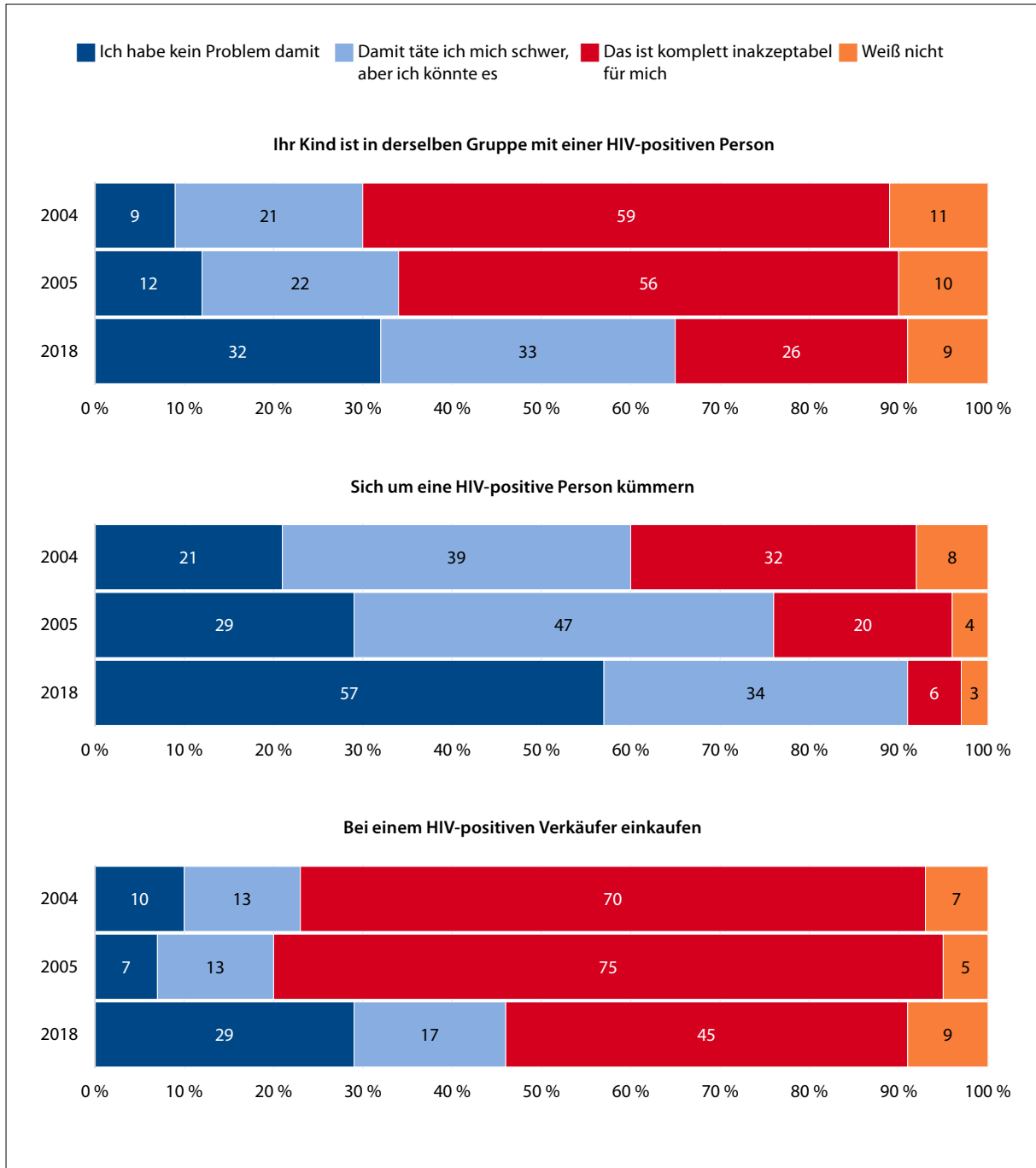
Grafik 6a: Es können im Alltagsleben Situationen auftreten, bei denen man mit Personen, die HIV oder Aids haben, interagieren muss. Wie ist Ihre Einstellung zu den folgenden Situationen?



Anm.: Geschlossene Frage; eine Antwortmöglichkeit.

Quelle: WZIOM-Umfrage vom 28. November 2018 sowie Daten früherer Umfragen, <https://wciom.com/index.php?id=61&uid=1600#>, veröffentlicht am 30. November 2018.

Grafik 6b: Es können im Alltagsleben Situationen auftreten, bei denen man mit Personen, die HIV oder Aids haben, interagieren muss. Wie ist Ihre Einstellung zu den folgenden Situationen?



Anm.: Geschlossene Frage; eine Antwortmöglichkeit.

Quelle: WZIOM-Umfrage vom 28. November 2018 sowie Daten früherer Umfragen, <https://wciom.com/index.php?id=61&uid=1600#>, veröffentlicht am 30. November 2018.

Der »Fall Golunow«

Jens Siegert (Moskau)

Anfang Juni geschah in Moskau etwas leider sehr Alltägliches. Dem Investigativjournalisten Iwan Golunow wurden durch die Polizei Drogen untergeschoben, um ihn unter diesem Vorwand zu verhaften. Die Drogengesetzgebung mit drakonischen Strafen für kleinste Vergehen macht so etwas leicht. Doch dann lief es nicht wie sonst immer. Erst gab es eine bis dahin beispiellose öffentliche Solidaritätswelle, der sich recht schnell nicht nur die üblichen Oppositionellen anschlossen, sondern die bald bis weit in kremlnahe Kreise hineinreichte. Dann – das erste belastbare Zeichen, dass hier etwas nicht seinen unter Putin sonst vorgezeichneten Weg geht – entschied ein Gericht, Golunow nicht wie üblich, in Untersuchungshaft zu nehmen, sondern nur unter Hausarrest zu stellen. Alle horchten auf.

Im Laufe des folgenden Wochenendes sprachen sich immer mehr öffentlich bekannte Personen für Golunow aus, darunter zur Verwunderung vieler auch Journalisten und Journalistinnen, die sonst nur das Hohelied der Regentschaft Putins singen, wie Margarita Simonjan, die Chefin der Kreml-Propagandamaschine RT. Bis Montag folgten dann sogar aus dem Parlament (unter anderen die Föderationsratsvorsitzende Walentina Matwienko) einzelne vorsichtige Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Festnahme. Die berühmten »anonymen Quellen« wussten zu berichten, für den Hausarrest anstelle der Untersuchungshaft sei vom Leiter der Präsidentenadministration Anton Vajno und seinem Stellvertreter Alexej Gromow »grünes Licht« gekommen. Und so rasant ging es weiter. Am Dienstag, einen Tag vor einer angekündigten Demonstration im Moskauer Stadtzentrum, geschah dann das bis dahin Unvorstellbare: Golunow wurde nicht nur freigelassen, nein, alle Anschuldigungen wurden fallen gelassen und zwei Polizeigeneräle mussten gehen, eine Entscheidung, die im höchstzentralisierten Russland dem Präsidenten vorbehalten ist. Putin selbst sagte zehn Tage später auf einer Pressekonferenz am Rande des G20-Gipfels in Osaka, die Verhaftung Golunows sei »einfach nur Willkür« gewesen und müsse »Folgen haben«. Welche genau, ließ er offen.

Ausnahmen bestätigen die Regel

Was war da passiert? Was unterscheidet den Fall Golunow von anderen, ähnlich gelagerten Fällen, wie dem des Theaterregisseurs Kirill Serebrennikow, der fast zwei Jahre unter Hausarrest stand, nun zwar frei ist, gegen den aber immer noch vor Gericht verhandelt wird? Oder des Vorsitzenden von Memorial Tschetschenien Ojub Titijew, dem ebenfalls Drogen untergeschoben wur-

den und der, was als Glück gilt, gerade zu so vielen Jahren verurteilt wurde, dass er nun, nach dem Urteil und mehr als einem Jahr Untersuchungshaft, auf Bewährung entlassen wurde (aber eben ein verurteilter Drogentäter bleibt)? Oder den unzähligen, in die Tausende gehenden anderen Fällen, die maximal regionale Aufmerksamkeit erregen, solange der Prozess läuft, deren Opfer dann aber in den Straflagern vergessen werden (mit Ausnahme von Menschenrechtsorganisationen natürlich, die lange Listen führen)?

Es scheint inzwischen klar zu sein, dass die Entscheidung, Golunow zu verhaften und Beweise für eine spätere Anklage zu fälschen, auf einer eher untergeordneten Ebene getroffen wurde. Der Grund dürften seine ausführlichen und gründlich recherchierten Reportagen über Korruption nicht nur, aber vor allem in der Moskauer Stadtverwaltung und bei anderen Behörden gewesen sein. Er selbst vermutete bei der ersten Anhörung vor Gericht nach der Verhaftung, seine Reportagen zur russischen Beerdigungsmafia seien der Grund gewesen (<https://meduza.io/feature/2018/08/14/grob-kladbische-sotni-milliardov-rublej>). Die beteiligten und inzwischen entlassenen Polizeigeneräle waren zwar nicht ganz einflusslos, aber Generäle gibt es viele in Russland und diese hier agierten auf der Ebene einer Bezirkspolizeidienststelle. So etwas geschieht tagtäglich in Russland auf allen Ebenen und allein die dokumentierten Fälle gehen jährlich in die Tausende. Oft werden Drogendelikte fingiert. In selteneren Fällen kommen auch andere Anschuldigungen zum Einsatz. Manchmal, eher selten, gibt es politische Hintergründe, meist aber geht es schlicht um Korruption und Geld, seltener um Rache. In den allermeisten Fällen sind die Opfer hilflos, haben weder Verbindungen nach oben, noch in die Öffentlichkeit.

Im Fall Golunow scheint, nach allem, was wir wissen, »Politik« im engeren Sinn, also ein Auftrag von ganz oben nicht im Spiel gewesen zu sein. Das heißt aber nicht, dass die politische Ebene, und das ist in einem Land fast ohne öffentliche Politik der Kreml, keine Verantwortung für solche Fälle wie Golunow trägt. Eher umgekehrt: Eben weil das alltägliche Praxis ist, liegt diese Verantwortung dafür bei der ansonsten alles bis in die Details bestimmenden politischen Führung. Es ist das unter Putin entstandene System eines räuberischen Staates, einer Symbiose von Verbrechen und Staatsmacht, das solche Praktiken nicht nur fördert, sondern in dem diese Praktiken zum konstitutiven Funktionieren des Machterhalts gehören. Sie fördern Loyalität und erzeugen Abhängigkeit: Jeder und jede Beteiligte kann jeder-

zeit – und zwar in der Regel zurecht – strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Alle machen mit und müssen mitmachen: Minister, Polizeichefs, Militärs, Abgeordnete, alle. Wer diese Regeln nicht einhält, den scheidet das System wie einen körperfremden Virus oder eine Bakterie recht schnell wieder aus.

Normalerweise geht das alles ziemlich reibungslos oder zumindest reibungsarm. Das Zusammenwirken von Polizei, Staatsanwaltschaft, Geheimdiensten, Gerichten und Verwaltung ist so eingespielt, wie man sich das von einer Verwaltung eigentlich nur wünschen kann. Nur eben nicht zum Allgemeinwohl, sondern privatisiert im Interesse dieser Korporationen. Warum hat das also diesmal nicht geklappt? Ich denke, zum einen hatten die Organisatoren des Falls Golunow schlicht Pech. Sie hatten sich zum falschen Zeitpunkt das falsche Opfer ausgesucht. Das hat einerseits etwas damit zu tun, dass Golunow Journalist in Moskau ist (in Moskau, nicht anderswo). Andererseits haben sie aber auch schlicht gestümpert. Das Ganze war zu grob inszeniert, zu offensichtlich. Zwar stört auch das in den allermeisten Fällen, nämlich wenn es keine allzu große öffentliche Aufmerksamkeit gibt, nicht. Oder wenn die Auftragegeber mächtig genug, das heißt eng genug mit dem Kreml verbunden sind. Beides war hier offensichtlich nicht der Fall. Gerade diese Leichtigkeit und Regelmäßigkeit, mit der Leute mittels falscher und gefälschter Anklagen hinter Gitter (und neben der Freiheit oft um ihr Geld oder Vermögen) gebracht werden können, befördert Schlamperei. Warum soll man sich anstrengen, wenn es auch ohne geht?

Aber selbst in den Fällen, in denen es eine öffentliche Kampagne zur Unterstützung der so Angeklagten gibt, ist es bisher noch nie gelungen, jemanden, der oder die in die Fänge der russischen Sicherheitsorgane geraten ist, ohne langes Verfahren oder ohne Verurteilung wieder freizubekommen. Das Mildeste, das diese Unglücklichen bisher erwartete, war eine (meist) lange Untersuchungshaft. Denn erstens wird Untersuchungshaft von den Gerichten fast immer angeordnet, wenn die Staatsanwaltschaft das beantragt (und sie ist, ich erinnere daran, Teil des verbrecherischen Spiels), und zweitens mahlen die Mühlen der russischen Gerichtsbarkeit langsam. Wenn dann der oder die Beschuldigte bekannt oder hochrangig (und also glücklich) genug ist, kann auch schon einmal Hausarrest die Alternative sein. In dieser Zeit wird dann hinter den Kulissen verhandelt und gerungen. In den allermeisten Fällen kommt es selbst bestenfalls zu einer Verurteilung. Die Glücklicheren bekommen eine Haftstrafe, die mit der Untersuchungshaft in Kombination mit den Bewährungsregeln bei Urteilsverkündung abgesessen ist. Die Unglücklicheren verschwinden für Jahre in einem der vielen russischen Gefangenenlager.

Die Hintergründe

Was war nun bei Golunow anders? Ich möchte drei Aspekte hervorheben: Erstens spielte eine Rolle, dass Golunow ein Moskauer Journalist ist. Zum Zweiten leben wir in Zeiten fallender Zustimmung zu Putin und vermehrter Proteste. Und zum Dritten stand die Entscheidung über Russlands Rückkehr in die parlamentarische Versammlung des Europarats vor der Tür.

Zuerst zum *Journalistischen*. Maxim Trudoljubow, selbst Journalist und einer der aufmerksamsten Beobachter der russischen politischen Szene, schreibt zu den spontanen Solidaritätsdemonstrationen vor dem Moskauer Polizeihauptquartier »Petrowka 38«: »Ich denke, ich habe noch nie so viele Kollegen aus der gesamten Moskauer journalistischen Szene so entschlossen und so fröhlich zugleich an einer Stelle versammelt gesehen.« (https://www.wilsoncenter.org/blog-post/golunovs-case-turns-the-kremlins-pr-its-head?fbclid=IwAR2cBbZpdoH_hrCe3oz6BfzyCwsX4OgnyWO0ye8EsAdM3MoSsfCzddfcIm4) Offenbar hat die Verhaftung von Iwan Golunow hier einen Nerv getroffen, der weit über die offen oppositionellen Journalisten hinaus vorhanden ist. Das mag etwas mit dem tadellosen journalistischen Ruf von Golunow selbst zu tun haben (der zwar vor seiner Verhaftung kein Star war, aber eben als ausgesprochen nüchterner, immer freundlicher und höchst kompetenter Kollege bekannt ist). Es hat aber wohl auch etwas mit »Meduza« zu tun, dem Medium, für das er vorwiegend schreibt. Zwar ist »Meduza« offen oppositionell und die Redaktion sitzt gar im Ausland, im lettischen Riga, aber »Meduza« hat es geschafft, zu derjenigen Website zu werden, die, wie der Moskauer Politologe Kirill Rogow auf seinem Facebook-Account schreibt, »all jene morgens als erstes anschauen, die zwar oppositionell gesinnt sind, aber niemals auf die Straße gehen« (<https://www.facebook.com/kirill.rogov.39/posts/3052652731418993>). Zur großen Überraschung vieler, vielleicht vieler Journalistinnen und Journalisten an erster Stelle, zeigen die Reaktionen auf den Fall Golunow, dass es wohl doch noch so etwas wie eine verbindende professionelle Ethik gibt. Und ein Bewusstsein, zumindest in Bezug auf den Staat und polizeiliche Willkür, für ein gemeinsames Interesse. Golunow, so die allgemeine Stimmung, hätte jede und jeder sein können.

Wie weit das reicht und ob diese Solidarität, dieses Zusammengehörigkeitsgefühl künftig auch in anderen Fällen abgerufen werden kann, ist schwer zu sagen. Eher nicht. Zwar gab es auch Unterstützung aus eher kremlnahen Medien oder reinen Propaganda-Medien wie RT, sie kam aber recht spät und, soweit ich sehen kann, erst nachdem dieselben Medien zuvor die Verurteilung von Golunow durch die Polizei und Staatsanwaltschaft mit der in die-

sen Medien üblichen Häme verbreitet hatten. Besonders hervor sticht der Einsatz von Margarita Simonjan für Golunow. Sie hatte als eine der ersten den Hausarrest anstelle von Untersuchungshaft gefordert und behauptete auf Twitter nach seiner Freilassung, sie sei »zu Tränen gerührt«. Simonjan ist eine der Frontleute der Kremlpropaganda, die unlängst in einem Fernsehinterview bekannte, erst kämen für sie die Interessen des Staates und dann erst die ihrer journalistischen Profession. Da niemand ihr diese fast schon Rosamunde-Pilcher-artigen Emotionen abnimmt, ist sie ein Hinweis darauf, dass der Kreml schon sehr früh umgesteuert hat oder es zumindest entsprechende Signale von dort gab.

Das führt zum zweiten Punkt, der sich seit einiger Zeit sehr behutsam, ganz allmählich, eher untergründig ändernden politischen Landschaft. An der Oberfläche drücken sich diese Änderungen unter anderem in den *fallenden Zustimmungsraten zu Präsident Putin* aus, die inzwischen bisher kaum gekannte Tiefen erreicht haben. Hier nur ein Beispiel: Eine Umfrage des kremlnahen Instituts WZIOM ergab vor einem guten Monat, dass nur noch gut 30 Prozent der Menschen in Russland »Vertrauen« in Putin hätten. Nach einer Intervention aus dem Kreml (wohl, weil nicht sein kann, was nicht sein darf) wurden die Menschen mit einer umformulierten Frage noch einmal um ihre Meinung gebeten. Und siehe da, es sind angeblich doch knapp 70 Prozent der Menschen in Russland, die Putin »vertrauen« [Die Umfragen sind in den *Russland-Analysen 372*, S. 24–28, verfügbar – Anm. d. Red.]. Dieser Vorgang zeigt zweierlei: Zum einen, wie schlecht die Lage (für Putin) tatsächlich und zum zweiten, wie nervös der Kreml ist. Solche Fehler sind früher nicht passiert.

Ein weiterer Indikator der veränderten Lage ist *die Protestbereitschaft*. Zwar gibt es schon länger eine Unzufriedenheit mit der Politik des Kremls, vor allem wegen der sich seit nun schon 10 Jahren hinziehenden und nicht enden wollenden Wirtschaftskrise mit sinkenden Reallöhnen. Aber die Bereitschaft, deswegen auf die Straße zu gehen, blieb all die Jahre gering. Bis auf kurzzeitige Ausreißer zu konkreten Anlässen antworteten bei Umfragen des unabhängigen »Lewada«-Zentrums durchschnittlich 13 Prozent positiv auf die entsprechende Frage. Dann kündigte der Kreml 2018, während der Fußballweltmeisterschaft im Land, eine Rentenreform und eine erhebliche Heraufsetzung des Rentenalters an. Die Hoffnung war wohl, die WM-Euphorie werde den Menschen die unpopuläre Pille Rentenreform weniger bitter erscheinen lassen. Doch diese Rechnung ging nicht auf. Die Protestbereitschaft stieg binnen kurzem auf 30 Prozent. Die Rentenreform wurde halbwegs zurückgenommen, aber die Proteststimmung blieb weiter hoch und sank nicht wieder, wie früher immer, auf ihren langjährigen niedrigen Wert zurück.

Inzwischen gibt es an vielen Orten im Land, längst nicht mehr nur in Moskau und St. Petersburg, Proteste. Meist haben die Proteste inzwischen eher sozialen als politischen Charakter. Oft richten sie sich gegen direkte Eingriffe in die unmittelbaren Lebenswelten der Menschen. Das gilt für die sogenannten Müllproteste in der Region Archangelsk ebenso, wie den Protest gegen den Bau einer Kathedrale in einem zentralen Park der Ural-Metropole Jekaterinburg. Auffallend ist, in wie vielen Fällen diese Proteste in den vergangenen Monaten zumindest zeitweise oder teilweise Erfolg gehabt haben. Zwar wurde fast überall von den Behörden versucht, die Proteste als »politisch« motiviert zu diskreditieren. In den allermeisten Fällen ist es auch zu Versammlungsverboten, mitunter zu Rängeleien mit der Polizei und auch Verhaftungen gekommen. Aber sehr oft haben die staatlichen Stellen zurückgezogen, wenn ihnen klar wurde, dass die Proteste größeren Rückhalt in der Bevölkerung haben. Hier zeigt sich deutlich das Bemühen, Proteste nicht aus dem Ruder laufen zu lassen, also keine »Märtyrer« zu schaffen, die dann zu Kristallisierungspunkten für neue Proteste werden können. Nawalnyj ist hier wahrscheinlich Warnung. Es ist nicht ausgeschlossen, dass solche Überlegungen auch im Fall Golunow eine Rolle gespielt haben.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist *der Europarat*. Die Verhaftung Golunows fand sofort ein auch international großes Echo. Anfang Juni war aber ebenfalls bereits klar, dass die Sitzung der parlamentarischen Versammlung des Europarats Ende des Monats eine entscheidende Rolle in der Frage spielen würde, ob die russischen Abgeordneten dorthin zurückkehren dürfen oder nicht. Ein sich länger hinziehender Skandal hätte die jahrelangen Bemühungen des Kremls um Rückkehr seiner Parlamentarier – ohne dabei nennenswerte Kompromisse eingehen zu müssen –, gefährden können.

Kein Kurswechsel

Natürlich sind das alles nur mehr oder weniger begründete Vermutungen. Was tatsächlich zum so schnellen und bedingungslosen Rückzieher des Kremls geführt hat, wird wahrscheinlich ein Geheimnis bleiben. Auch wird sich kaum klären lassen, was zuerst war, ob also die unerwartet heftigen und breiten Proteste dazu geführt haben, dass im Kreml schnell über ein Nachgeben nachgedacht wurde oder ob die von oben offenbar recht früh kommunizierte Möglichkeit eines Rückziehers erst diese Breite ermöglicht hat, weil sich dann viele Leute aus der Deckung gewagt haben, die das normalerweise nicht tun. Aller Wahrscheinlich nach waren das zwei sich wechselseitig verstärkende Bewegungen. Im Kreml wurde offenbar recht früh klar, dass sich dieser Fall schwie-

riger würde verteidigen lassen als andere und deshalb ein Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen sei.

Wie die Folgeereignisse zeigten, war der Rückzieher auch längst nicht so bedingungslos, wie hier bisher dargestellt. Man sollte es wohl auch eher eine Frontbeugung als einen Rückzieher nennen. Die Kremlversion, der Putin in Osaka nun öffentlich seinen höchsten Segen gegeben hat, lautet etwa so: Untergeordnete Beamte haben über die Stränge geschlagen. Wir, der Kreml, kämpfen schon lange gegen Korruption. Die Schuldigen werden entlassen und bestraft. Sache erledigt. Dahinter steht natürlich auch das Wissen, dass es aber eben genau so nicht ist, dass der Fall Golunow also keine bedauernswerte Ausnahme, sondern die Regel ist, eine, auf der das System aufbaut. Aber genau das macht ihn, aus Kremlsicht zumindest, so gefährlich. Insofern zeigt die schnelle und bisher beispiellose Kremlreaktion

aber auch, dass das politische System weiterhin beweglich genug ist, auf neu auftauchende Bedrohungen seiner Macht aktiv und unerwartet zu reagieren.

Wie das harte Polizeivorgehen schon auf der Demonstration in Moskau am 12. Juni gezeigt hat (nach Angaben der Polizeibeobachter von »OWD-Info« wurden von wohl kaum mehr als 2.500 Demonstranten über 500 festgenommen), gehört hierzu auch, in anderen Fällen die gewohnte, künftig vielleicht gar mehr Härte zu zeigen. Weitere Repressionen gegen jeglichen auch nur einigermaßen ernsthaften Protest werden sicher folgen. Auch neue, noch repressivere Gesetze sind nicht ausgeschlossen. Wahrscheinlich werden andere dafür büßen müssen, dass Golunow so schnell und so bedingungslos wieder freigekommen ist. Das ändert aber nichts daran, dass der Fall auch gezeigt hat, dass es durchaus Risse im System gibt.

Jens Siegert lebt seit 1993 in Moskau. Er war Korrespondent, hat mehr als 15 Jahre das Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet und bemüht sich seit einigen Jahren, im Auftrag der EU Public Diplomacy in und mit Russland zu fördern.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, weiterhin Beiträge von Jens Siegert veröffentlichen zu dürfen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

DEKODER

Auf Wiedersehen, Tbilissi?

Wjatscheslaw Polowinko und Arnold Chatschaturow (Novaya Gazeta)

Der folgende Beitrag der russischen Journalisten Wjatscheslaw Polowinko und Arnold Chatschaturow erschien ursprünglich am 24.06.2019 in der Zeitschrift Novaya Gazeta und wurde von dekodeur ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von Dekoder

Nach dem Besuch des Duma-Abgeordneten Sergej Gawrilow im georgischen Parlament am 20. Juni 2019 war es in der Hauptstadt Tbilissi zu heftigen Protesten gekommen. Die Demonstranten hielten unter anderem Schilder hoch mit englischsprachigen Aufschriften wie »Stop Russia!« oder »Russia is occupant«. Die Polizei ging mit aller Härte gegen die Demonstranten vor.

Nun kriselt es auch in den georgisch-russischen Beziehungen: Wegen der angeblich »russlandfeindlichen Provokation« während der Proteste verhängte Russlands Präsident Putin am Tag darauf ein Flugverbot, russische Airlines dürfen ab dem 8. Juli keine Flüge nach Georgien mehr anbieten. Dies sei nötig, um die »nationale Sicherheit zu gewährleisten«.

Dabei sehen Beobachter in der Einladung Gawrilows und im brutalen Vorgehen gegen die Demonstranten vor allem eine Führungsschwäche der georgischen Regierung. Die Einladung stößt auf Unverständnis, zumal der Georgienkrieg von 2008 sowie die starke russische Militärpräsenz in Abchasien und Südossetien

im medialen wie öffentlichen Bewusstsein Georgiens sehr präsent sind.

Doch weshalb reagiert Russland nun so scharf? Was bedeutet das Flugverbot zur Hochsaison tatsächlich für den Tourismus und für die Beziehungen der beiden Länder untereinander? Wjatscheslaw Polowinko und Arnold Chatschaturow haben für die Novaya Gazeta russisches Staatsfernsehen geschaut und unterschiedliche Politologen befragt.

Die Proteste in Tbilissi, die am 20. Juni begonnen haben, wurden zum gefundenen Fressen für die Propagandamacher des russischen Fernsehens. Bis dato hatten sie noch rund zehn Mal täglich jedwede Neuigkeit aus der Ukraine wiedergekaut. »Neuer Majdan in Tbilissi« titelte die Sendung 60 Minuten im Fernsehsender Rossija. Artjom Schejnin brachte das georgische Thema in seiner Sendung Wremja pokaschet sehr ausführlich und genau, aber mit Standard-Einsprecher: »Die Menschen sind bestimmt nicht von allein auf die Straße gegangen, jemand hat sie instruiert.«

In beiden Sendungen trat der russisch-orthodoxe Kommunist Sergej Gawrilow auf. Während der Interparlamentarischen Versammlung für Orthodoxie hatte er [im Plenarsaal des georgischen Parlaments – deko-der] auf dem Stuhl des Parlamentspräsidenten Georgiens Platz genommen, was der formale Auslöser für die Proteste war.

Wie ein Mantra wiederholte Gawrilow, dass die Schuld »auf Seiten der Gastgeber« liege – alle anderen, angefangen bei Alexander Chinschtein bis zu Maria Sacharowa, stimmten mit ein: Es sei eine »große zurechtgebastelte Provokation«.

Zu einem gewissen Zeitpunkt schien es, der Kreml selbst glaube die Geschichten, dass die Proteste auf Befehl »englischsprachiger Instruktoren« begonnen hätten und habe daraufhin entschieden, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Traditionell griff man zu Bomben auf Woronesh: Präsident Wladimir Putin erließ ein Verbot, das russischen Flugzeugen ab dem 8. Juli nicht mehr erlaubt nach Georgien zu fliegen. Bürgern, die schon dort sind, soll die Möglichkeit offen stehen, nach Hause zurückzukehren.

»Vom Sicherheits-Standpunkt her ist diese Maßnahme womöglich plausibel, aber sie schießt über das Ziel hinaus«, so der Polittechnologe Witali Schkljarow, der auch ein Jahr in Georgien gelebt hat. »Eine andere Frage ist, inwieweit es auch für einen Präsidenten juristisch überhaupt zulässig ist, privaten Airlines zu verbieten, in ein anderes Land zu fliegen.«

Bei den Fluglinien allerdings wurden diesbezüglich keine Fragen laut: Sie murrten zwar ein wenig, stellten aber allesamt am 22. Juni den Verkauf von Flugtickets nach Georgien ein. Doch für die in Tbilissi lebenden Russen war die Entscheidung über die »Evakuierung« ein echter Schock.

Aus Sicht des Kreml gibt es hier jedoch keinerlei Unstimmigkeiten, stellt der Polittechnologe Gleb Paw-

lowski klar: »Die Staatsmacht glaubt aufrichtig, dass sie Gutes tut, wenn all diese Menschen beispielsweise auf die Krim fahren können.«

Viele Wege führen nach Tbilissi

Das Verbot von Flügen nach Georgien ist ein Schlag für die Tourismusbranche des Landes. Nach Angaben russischer Reiseanbieter kommen jährlich im Durchschnitt 5 Millionen Touristen nach Georgien (im vergangenen Jahr waren es insgesamt 8,7 Millionen). Davon sind 1,4 Millionen russische Staatsbürger, mehr Menschen kommen nur aus Aserbaidschan. Im Jahr 2018 stieg die Zahl der russischen Besucher um 24 Prozent.

Allerdings wird durch das Einstellen von Flügen russischer Airlines der Reisebetrieb nach Georgien nicht insgesamt lahmgelegt. Man muss nun Umwege nehmen, aber eine vollständige Blockade gibt es nicht.

»Der Druck auf Georgien ist die Folge einer Kränkung der russischen Machthaber«, meint der Polittechnologe Alexej Makarkin. »Dabei geht es nicht einmal darum, dass der Abgeordnete Gawrilow beleidigt wurde, sondern dass sich die georgischen Machthaber nicht entschuldigt haben.«

Regierung und Opposition in Tbilissi sind zerstritten, ihr Problem ist nicht gelöst, aber einen offensichtlichen Konsens gibt es: Gawrilow ist selber schuld. In Russland schmerzt eine solche Position, darum hat man sich überlegt, wie man [zurück]schlägt.«

Georgischen Wein zu verbieten ist sinnlos, das hat schon vor gut zehn Jahren nicht sonderlich gut funktioniert. Also hat man sich jetzt auf die Touristen fokussiert, die sich, vorwiegend wegen der russischen Staatspolitik gegenüber Ägypten und der Türkei in den vergangenen Jahren, nach Tbilissi umorientiert haben: Dort ist es günstig und lecker.

In Tbilissi selbst nimmt man die Taktik des Kreml mit Ironie auf: »Es gibt einen ökonomischen Aspekt dabei, ja, der mag unangenehm sein, aber auch nicht wirklich gravierend«, erklärt Jegor Kuroptew, ein russischer Medienmanager, der in Tbilissi arbeitet. »Russische Touristen sind hier sehr beliebt. Die kommen sogar und beobachten die Proteste, finden das interessant, alles ist in bester Ordnung. Daher wirkt es merkwürdig, den eigenen Leuten zu verbieten, irgendwohin zu fliegen. Schade, dass der Kreml mit einer solchen Entscheidung versucht, die Beziehung zwischen den Völkern zu verschlechtern.«

»Die Georgier unterscheiden stets zwischen der russischen Regierung und den russischen Bürgern. Gegen-

über dem Kreml hat das Land sehr klare Vorbehalte: Gespräche mit Politikern darf es nur über eine »Deokkupation der Gebiete« [von Abchasien und Südossetien – Novaya] geben«, meint Kuroptew. »Dass sich Gawrilow auf den Stuhl des Parlamentspräsidenten gesetzt hat, das war bloß der Auslöser. Dass überhaupt eine offizielle russische Delegation mit Duma-Abgeordneten kommt, konnte nur so aufgenommen werden«, schließt Kuroptew.

Die Idee des Kreml bestehe darin, den Abgeordneten Gawrilow pars pro toto mit den Bürgern Russlands gleichzusetzen, sagt Alexej Makarkin. Georgien sei für den Kreml in vielerlei Hinsicht nebensächlich. Diese Proteste könnten [dem Kreml] aber dazu dienen, neues Leben in die Beziehungen mit einem ganz anderen, einem loyalen, aber mittlerweile unzufriedenen Gegenüber einzuhauchen: »Dieses Verbot und die Informationskampagne zielt auf solche Menschen ab, die sowieso nicht nach Georgien reisen. Die Logik dahinter: Sie schicken uns, und wir sollen auch noch dorthin fahren? Wir helfen sowieso allen, uns sind sowieso alle zu Dank verpflichtet. Das Verbot soll gerade die Menschen zusammenschweißen, die so denken«, betont Makarkin. »Früher haben sie traditionsgemäß den Staat unterstützt, dann aber kam die Rentenreform, und die Menschen wollten Gerechtigkeit. Nun bietet man ihnen wieder das Thema Kampf mit dem äußeren Feind an.«

Für den Kreml sei der ganze Vorfall ein unerwartetes Geschenk, meint auch Gleb Pawlowski: »Ein Flugverbot ist in diesem Fall zwar übertrieben, Moskau aber will diese Geschichte aufbauschen. Rein praktisch sind diese Proteste für den Kreml ungünstig, aber gleichzeitig

eine passende Gelegenheit, um sich demonstrativ beleidigt zu zeigen und nach Bedarf die Eskalation fortzusetzen«, so Pawlowski.

Die Beziehungen des Kreml mit den georgischen Machhabern waren in den letzten Jahren durchaus sachlich (soweit das überhaupt möglich ist, wenn die diplomatischen Beziehungen abgebrochen sind). Angesichts der Ergebnisse des ersten Protesttages schrieb aber die georgische Präsidentin Salome Surabischwili auf Facebook, dass die Massenproteste ausschließlich Russland zupass kämen, das »Feind und Besatzer« sei. Interessant, dass Surabischwili, die die Protestierenden de facto des Spiels auf der Seite der »Besatzer« beschuldigt, dabei die Rhetorik der Demonstranten aufgreift.

Solche Slogans wurden übrigens zu einem zusätzlichen Reizfaktor für die russischen Machthaber. Eine Version legt nahe, dass das Verbot gerade dann durchgesetzt wurde, als die Banner-Sprüche gegen Russland und Putin durch die Welt gegangen waren.

Laut Experten wäre es logisch gewesen, bei einer neuerlichen Eskalation im Konflikt zwischen Russland und Georgien gleich am Anfang auf die Bremse zu treten. Nun aber sei das schon sehr schwierig: Jetzt sei der Moment, alle Vorteile aus der aufgeheizten Stimmung bis zum Ende »auszuschöpfen«, meint Gleb Pawlowski.

Außerdem »muss einer den ersten Schritt machen« zur Versöhnung, ergänzt Witali Schkljarow. Den aber will keiner machen. Und vielleicht kann es auch keiner.

Übersetzung aus dem Russischen von der Dekoder-Redaktion

Über die Autoren:

Arnold Chatschaturow ist ein russischer Journalist. Er ist Wirtschaftskorrespondent bei der unabhängigen Tageszeitung »Novaya Gazeta«, arbeitet aber auch für Medien wie »Colta« oder die »Obschtschaja Gaseta«.

Wjatscheslaw Polowinko ist ein russischer Journalist und Korrespondent in der Politikredaktion der unabhängigen Tageszeitung »Novaya Gazeta«. Er ist außerdem als freier Journalist für Medien wie »Echo Moskwy« oder »Forbes.ru« tätig. Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://www.novayagazeta.ru/articles/2019/06/22/81000-tbilisi-proschay>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/georgien-proteste-flugverbot-kreml>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Novaya Gazeta, Wjatscheslaw Polowinko und Arnold Chatschaturow für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

3. – 29. Juni 2019

03.06.2019	Laut einem Bericht des US-Mediums »Bloomberg« plant die EU-Kommission, die Wirtschaftssanktionen der EU anlässlich der Annexion der Krim durch Russland um ein weiteres Jahr zu verlängern.
04.06.2019	Bei einem gemeinsamen Pressetermin mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, er sei zu Gesprächen mit Russland über eine Lösung des Konflikts im Donbass bereit. Direkte Gespräche hatte er zuvor mehrfach ausgeschlossen.
04.06.2019	Der russische Internetkonzern »Yandex« erklärt, der Inlandsgeheimdienst FSB lege das sogenannte »Jarowaja-Gesetz«, nach dem Internetfirmen verpflichtet sind, den Geheimdiensten den Zugang zu den Kommunikationsdaten einzelner Personen zu ermöglichen, zu weit aus. Das Gesetz sehe nicht vor, die Verschlüsselungen für den gesamten Traffic zu übergeben, so wie es der FSB von Yandex vor einigen Monaten gefordert hatte.
05.06.2019	Ein Gericht in Krasnogorsk in der Oblast Moskau ordnet Untersuchungshaft für einen Mann an, der mutmaßlich am Tod eines Offiziers des Militärgeheimdienstes GRU am 1. Juni 2019 beteiligt war. Der Offizier hatte sich in eine Schlägerei in Krasnogorsk eingemischt – nach Angaben der Nachrichtenagentur »Interfax« mit der Absicht, einem Mann zu helfen, der Stichverletzungen davongetragen hatte. Der Offizier war daraufhin selbst mit einem Messer attackiert worden und an seinen Verletzungen gestorben.
06.06.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, er erwäge, den Vertrag »New START« (russisch »SNW-3«), der die Reduktion der russischen und US-amerikanischen Nuklearwaffen regelt, nicht zu verlängern. Russland sei auch so in der Lage, seine Sicherheit zu garantieren. Der Vertrag wurde am 8. April 2010 von den damaligen Präsidenten beider Länder, Barack Obama und Dmitrij Medwedew, unterzeichnet.
06.06.2019	Iwan Golunow, Journalist beim im lettischen Exil ansässigen Onlinemedium »Meduza«, wird in Moskau festgenommen. Nach Polizeiangaben seien in seinem Rucksack und in seiner Wohnung Drogen gefunden worden. Man ermittle hinsichtlich möglicher Kontakte Golunows zu einem Drogenhändler. Der »Menschenrechtsrat beim Präsidenten der Russischen Föderation« fordert das Innenministerium und die Staatsanwaltschaft auf, die Rechtmäßigkeit der Verhaftung zu überprüfen, da sie in Verbindung mit Golunows journalistischer Tätigkeit stehen könnte. Zahlreiche Medien solidarisieren sich in der Folge mit Golunow. Am folgenden Tag finden erste Kundgebungen vor einem Gebäude der Generalverwaltung des Innenministeriums in Moskau statt, um gegen die Festnahme und die Anschuldigungen zu protestieren.
08.06.2019	Der wegen »Vorbereitung der illegalen Produktion, des Verkaufs oder des Transfers von Suchtstoffen« angeklagte Journalist Iwan Golunow wird in ein Moskauer Krankenhaus eingeliefert. Ein Arzt bestätigt Hämatome, Hautabschürfungen und den Verdacht auf Gehirnerschütterung. Unterdessen werden die Einzelproteste für die Freilassung Golunows und für die Einstellung der Ermittlungen fortgeführt. Mehrere Personen werden verhaftet.
09.06.2019	Ein Mitarbeiter der Moskauer Polizei erklärt anonym, dass mehrere Fotos eines selbstgebauten Drogenlabors, die die Polizei im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den Journalisten Iwan Golunow veröffentlicht hatte, nicht aus dessen Wohnung, sondern aus anderen Ermittlungsverfahren stammen würden.
10.06.2019	In den untersuchten Gewebeprobe des am 08.06.2019 in Moskau wegen des Verdachts auf versuchten Drogenhandel festgenommenen und unter Hausarrest stehenden Journalisten Iwan Golunow konnten keine Drogenrückstände nachgewiesen werden. Dies gibt der Leiter des verantwortlichen Labors in einem Interview für den staatlichen Fernsehkanal »Rossija 1« bekannt. Auch an Golunows Händen und in seinem Urin seien keine Spuren von Suchtmitteln nachweisbar, so ein Sprecher des Innenministeriums.
10.06.2019	Die unabhängigen Tageszeitungen »Wedomosti«, »Kommersant« und »RBC« reagieren mit einer Solidaritätsbekundung auf die Festnahme des Journalisten Iwan Golunow. Auf den Titelseiten ist unter dem Slogan »Ich bin/Wir sind Iwan Golunow« sein Portrait abgedruckt. Die Redaktionen fordern eine Überprüfung des Falls. Die Zeitungen sind innerhalb kurzer Zeit ausverkauft.
11.06.2019	Der russische Innenminister Wladimir Kolokolzew gibt die Freilassung des seit dem 8. Juni 2019 wegen des Verdachts auf versuchten Drogenhandel unter Hausarrest stehenden Journalisten Iwan Golunow bekannt. Die Ermittlungen gegen ihn seien aufgrund des Mangels an Beweisen eingestellt. Gegen die für die Festnahme verantwortlichen Polizisten werde ermittelt. Sie wurden vom Dienst suspendiert. Kolokolzew wolle die Entlassung von Andrej Puchow, Abteilungsleiter im Moskauer Innenministerium, sowie Jurij Dewjatkin, Leiter des Drogendezernats in Moskau, beantragen.

12.06.2019	Das Bürgerrechtsprojekt »OWD-Info« gibt bekannt, dass bei einer nicht-genehmigten Protestaktion zur Unterstützung des inhaftierten und zwischenzeitlich freigelassenen Journalisten Iwan Golunow im Zentrum Moskau 549 Menschen festgenommen wurden. Unter ihnen ist auch der Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj. Offizielle Stellen sprechen von mehr als 200 Festgenommenen. An der Aktion nahmen nach offiziellen Angaben etwa 1.200 Menschen teil.
13.06.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin gibt die Entlassung des Leiters des Drogendezernats in Moskau, Jurij Dewjatkin, sowie Andrej Pawlows, Leiter der Abteilung für Innere Angelegenheiten im westlichen Verwaltungsbezirk im Innenministerium, bekannt. Sie sind die verantwortlichen Vorgesetzten der Polizisten, die die Verhaftung des »Meduza«-Journalisten Iwan Golunow durchgeführt hatten.
14.06.2019	Die russische Zentralbank senkt den Leitzins um 25 Basispunkte auf 7,5 %. Zuletzt hatte die Zentralbank den Zinssatz im März 2018 gesenkt.
16.06.2019	Im Zentrum von Moskau findet eine ursprünglich zur Unterstützung des Anfang Juni verhafteten und mittlerweile aus der Haft entlassenen Journalisten Iwan Golunow geplante Protestveranstaltung unter dem Motto »Recht und Gerechtigkeit für alle« statt. Offiziellen Angaben zufolge nehmen mehr als 1.500 Menschen teil. Golunow selbst bleibt der Veranstaltung fern.
17.06.2019	Der russische Energiekonzern »Gasprom« gibt bekannt, dass der Bau des Offshore-Anteils der Gaspipeline »Nordstream 2« zu 58,7 % abgeschlossen sei. Dies entspricht einer Länge von 1.441 Kilometern. Das Projekt ist international umstritten. Während die deutsche Regierung den Bau unterstützt, sind die USA sowie einige mittel- und osteuropäische Länder dagegen. Sie fürchten die Erhöhung der Abhängigkeit Westeuropas von russischen Gaslieferungen.
19.06.2019	Internationale Ermittler zum Abschuss des Flugs MH-17 über der Ostukraine im Jahr 2014 geben auf einer Pressekonferenz bekannt, dass Igor Girkin, Sergej Dubinskij, Oleg Pulatow und Leonid Chartschenko Mord in 298 Fällen zur Last gelegt wird. Der Prozess soll im Frühjahr 2020 vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag beginnen.
20.06.2019	Bereits zum 17. Mal seit 2001 stellt sich der russische Präsident Wladimir Putin in der jährlichen Sendung (mit Ausnahme der Jahre 2004 und 2012) »Prjamaja Linija« (dt. »Direkter Draht«) den Fragen der Zuschauer. Laut Umfrageinstitut »WZIOM« sind 77 % der Russen an dem Format interessiert. Im Mittelpunkt der mehr als vierstündigen Sendung stehen in diesem Jahr innenpolitische Themen, besonders vor dem Hintergrund des andauernden Sinkens der Realeinkommen und der Verschlechterung der Gesundheitsversorgung.
20.06.2019	Die Europäische Union verlängert die gegen Russland wegen der Annexion der Krim verhängten Wirtschaftssanktionen um ein Jahr bis zum 23.06.2020. Die Sanktionen umfassen unter anderem ein Einfuhrverbot für Produkte von der Krim und aus Sewastopol in die Europäische Union, Investitionen auf der Krim oder Ausfuhr von Waren zur Verwendung auf der Krim. Sie gelten seit Juni 2014 und werden jährlich verlängert.
21.06.2019	Ojub Titijew, Leiter der tschetschenischen Regionalbüros der Menschenrechtsorganisation »Memorial« in Grosny, wird auf Bewährung aus der Haft entlassen. Er war im März zu vier Jahren Haft wegen Drogenmissbrauchs verurteilt worden.
21.06.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin verbietet per Dekret Flüge aus Russland nach Georgien ab dem 08.07.2019. Das Verbot ist eine Reaktion auf die anti-russischen Proteste in der georgischen Hauptstadt Tbilissi einen Tag zuvor. Diese waren ausgelöst worden durch den Auftritt des russischen Duma-Abgeordneten Sergej Gawrilow im georgischen Parlament.
24.06.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Dekret zur Verlängerung des Einfuhrverbots für Agrarerzeugnisse aus der Europäischen Union bis Ende 2020. Das Einfuhrverbot war eine Reaktion auf westliche Wirtschaftssanktionen aufgrund der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014. Sie gelten seit August 2015 und werden seitdem regelmäßig verlängert.
24.06.2019	Der Präsident der Republik Inguschetien, Junus-Bek Jewkurow reicht sein Rücktrittsgesuch ein. Er war im Oktober 2008 auf Vorschlag des damaligen Präsidenten Dmitrij Medwedew von der Volksversammlung gewählt worden und stand der Republik seitdem als Präsident vor. Im Oktober 2018 hatten tausende Demonstranten seinen Rücktritt gefordert, nachdem er ein Abkommen über den Grenzverlauf zu Tschetschenien unterzeichnet hatte.
25.06.2019	Der Europarat verabschiedet eine Resolution, mit der er Russland ermöglicht, in den Rat zurückzukehren. Russland war aufgrund der Annexion der Krim im Jahr 2014 das Stimmrecht im Europarat entzogen worden. Als Reaktion auf diese Entscheidung setzt die Ukraine ihre Mitarbeit aus und zieht ihre Delegation zurück.
27.06.2019	Aufgrund starker Regenfälle wird in der Region Irkutsk der Notstand ausgerufen.

27.06.2019	Die russische Staatsanwaltschaft ermittelt gegen vier Manager der Autohandelskette »Rolf Estejt«, unter ihnen auch der im Ausland lebende Eigentümer Sergej Petrow. Ihnen wird vorgeworfen, im Jahr 2014 Aktien der zypriotischen Firma »Panabel Ltd.«, dessen Eigentümer ebenfalls Petrow war, zu einem überhöhten Preis erworben zu haben und damit etwa 4 Milliarden Rubel (etwa 55,5 Millionen Euro) illegal ins Ausland transferiert zu haben. Petrow selbst stuft das Verfahren als politisch motiviert ein.
28.06.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin nimmt am G20 Gipfel in Osaka teil. Er trifft dort unter anderem zu Einzelgesprächen mit dem US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump, der britischen Premierministerin Theresa May sowie der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen.
28.06.2019	Der russische Energiekonzern »Gasprom« schüttet eine Rekord-Dividende von 16,61 Rubel (etwa 0,23 Euro) je Aktie an seine Aktionäre aus. Damit verwendet das Unternehmen 27 % seines Gewinns als Dividenden. Für das Jahr 2017 lag die Dividende bei nur 8,04 (etwa 0,11 Euro) Rubel pro Aktie.
29.06.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin besucht die Hochwassergebiete in der Region Irkutsk. Durch Überschwemmungen nach tagelangem Regen in rund 50 Ortschaften kamen bisher fünf Menschen ums Leben, zwei Menschen werden vermisst. Mehr als 4.000 Gebäude sind beschädigt, etwa 10.000 Menschen sind vom Hochwasser betroffen. Putin kündigt bei seinem Besuch die Schaffung einer Regierungskommission für schnelle und unbürokratische Hilfe an.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Evgeniya Bakalova (verantwortlich)
 Assistenz: Franz Springer
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

